

Pösemmer Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Die nächste Nummer unserer Zeitung wird Donnerstag, den 29. d., Nachmittags ausgegeben.

Amtliches.

Berlin, 27. April. Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Vize-Ober-Jägermeister, Major Grafen zu Stolberg-Wernigerode, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kaiserlichen Hauptmann Hennings im General-Quartiermeister-Stabe, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schullehrer und Kantor Bloedorn zu Deutsch-Zhiera, im Kreise Heiligenbeil, das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Sekonde-Lieutenant Hilbrand II. im 27. Infanterie-Regiment die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Der Rechtsanwält und Notar Schöna zu Pösemmer, Stargard ist in gleicher Eigenschaft an das Stadt- und Kreisgericht in Danzig, mit Anweisung seines Wohnsitzes dorthin, versetzt worden.

Angelommen: Der General-Major und Kommandeur der 9. Infanterie-Brigade, Herwarth von Bittenfeld, von Küstrin.

Das 15. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 4863 das Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft, zum Gesamtbetrage von 3,500,000 Thlr., vom 12. April 1858; und unter Nr. 4864 das Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft, zum Gesamtbetrage von 2,600,000 Thlr., vom 12. April 1858.

Berlin, den 26. April 1858.

Debits-Komptoir der Gesetzsammlung.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 117. K. Klassenlotterie fiel ein Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 57,752; 2 Gewinne zu 5000 Thlr. fielen auf Nr. 88 und 91,393; 1 Gewinn von 2000 Thlr. fiel auf Nr. 89,236.

38 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 2400. 4660. 5158. 7001. 8643. 12,063. 16,827. 17,252. 19,749. 22,888. 23,838. 24,839. 25,636. 26,693. 31,456. 32,168. 34,687. 35,731. 41,624. 47,074. 47,280. 53,662. 55,936. 58,140. 60,534. 62,515. 64,992. 65,544. 71,110. 71,370. 72,575. 74,417. 84,738. 83,764. 91,288. 93,416. 94,547 und 94,836.

40 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 1040. 1860. 4141. 4478. 7448. 7895. 10,271. 10,826. 12,010. 14,374. 16,491. 24,055. 24,534. 28,643. 30,983. 31,411. 35,385. 38,808. 40,220. 42,591. 43,069. 43,223. 47,732. 48,620. 49,369. 53,396. 53,492. 59,833. 62,588. 70,600. 71,046. 73,339. 76,694. 82,741. 83,925. 89,217. 92,324. 92,996. 94,483 und 94,863.

73 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 374. 443. 1309. 1505. 1787. 2512. 4343. 7794. 10,294. 10,717. 10,788. 12,105. 12,179. 12,487. 13,321. 14,122. 17,961. 18,462. 21,407. 21,667. 21,704. 24,634. 27,063. 28,701. 30,633. 31,528. 31,845. 32,585. 32,911. 33,244. 33,442. 34,035. 36,819. 38,094. 39,027. 40,153. 41,611. 42,784. 43,962. 44,716. 47,183. 47,364. 48,853. 49,462. 53,364. 50,793. 52,585. 53,166. 55,202. 55,223. 56,656. 57,643. 58,372. 60,119. 60,514. 61,349. 63,132. 69,750. 69,849. 70,233. 73,193. 78,830. 79,853. 81,505. 81,794. 84,006. 85,094. 85,591. 89,786. 89,887. 89,902. 93,798 und 94,947.

Berlin, den 26. April 1858.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegraphische Depesche der Pösemmer Zeitung.

Paris, Dienstag, 27. April. Das so eben bekannt gewordene Resultat der Nachwahlen ist folgendes: Der Regierungskandidat Perrot erhielt 10,111, sein Gegenkandidat Lionville 7410 Stimmen; der Regierungskandidat Gt 8774, sein Gegenkandidat Picard 8590 (hier wird eine Neuwahl erforderlich); der Oppositionskandidat Jules Favre 11,303, und sein Gegner, der Regierungskandidat Perret, 10,166 Stimmen.

Ausgegeben in Berlin: 27. April 9 U. 59 M. Vormittags.
Ankunft in Posen: 27. April 10 U. 48 M. Vormittags.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 26. April. [Die Rübensteuer; England und Frankreich; zur holsteinischen Frage; eine Petition.] Nach heißem Kampfe hat heute die Regierung im Herrenhause eine entscheidende Majorität für die Erhöhung der Rübensteuer errungen (s. unten Landtag). Das Kommissionsgutachten war ungünstig für die Regierungsvorlage ausgefallen. Doch wußte man, daß einige der bedeutendsten Führer des Hauses dem Widerstande sich nicht angeschlossen hatten, und dies verstärkte die Hoffnung, daß die Opposition nicht die Verantwortlichkeit auf sich nehmen werde, eine nach unfähigen Schwierigkeiten zu Stande gekommene und fast in allen Zollvereinsstaaten mit überwiegendem Beifall aufgenommene Vereinbarung zu vereiteln. Die Reden des Ministerpräsidenten und der Herren Brüggemann und Stahl haben einen tiefen Eindruck gemacht. Die Ausführungen der beiden Regleren ließen keinen Zweifel darüber, daß die Vorlage vom Standpunkte des Rechtes in keiner Weise anzufechten sei. Der Ministerpräsident gab über die Stellung Preußens zum Zollverein Erläuterungen, welche lebhaft Anerkennung fanden. Das schließliche Votum ist eben so ehrenvoll für die Regierung, als für das Herrenhaus. Es beweist, daß die Regierungsinitiative auch von diesem Theile der Landesvertretung in gebührender Weise geachtet wird, und daß die hohe Versammlung nicht gewillt ist, den Sonderinteressen einen zu weiten Spielraum zu gönnen.

Trotz der mannichfaltigen Prüfungen, welche das englisch-französische Bündniß in letzter Zeit zu bestehen hatte, scheint in den offiziellen Regionen doch das Streben nach Erhaltung des guten Einverständnisses das Uebergewicht zu haben. Die freundschaftlichen Reden, welche jüngst bei dem Banquet des „United Service Club“ in London zwischen dem Herzog von Cambridge und dem Marschall Pelissier ausgetauscht worden sind (s. u.), werden wesentlich dazu beitragen, die Aufregung der Gemüther zu beiden Seiten des Kanals zu beschwichtigen. Auch die Sprache der französischen Blätter ist ruhiger geworden und es gilt für gewiß, daß Frankreich einwillen jede auf eine Genugthuung von Seiten Englands bezügliche Forderung ruhen lassen wird. — Der Bericht des holsteinischen Ausschusses der Bundesversammlung ist in diesen Tagen fertig geworden und wird, wie verlautet, in der nächsten Donnerstagssitzung zum Vortrag kommen. Die einstimmige Annahme desselben wird mit Zuversicht erwartet. — Dem Herrenhause ist zu guter Letzt noch eine sehr abenteuerliche Petition zugegangen. Dieselbe verlangt zunächst die Ausmerzung aller derjenigen Verfassungselemente, welche vermeintlich als Konsequenzen des 18. März 1848 das Königthum von Gottes Gnaden untergraben und dem Willen des Volkes eine der Gewalt des Königthums gleichberechtigte Stellung einräumen; sie will aber, wenn dies nicht auszuführen ist, ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister, die Aufhebung des Disziplinargesetzes und die Einführung eines Staatsmonopols für Brennen und Verkaufen des Branntweins. Die Kommission ist nicht der Ansicht, daß die hohe Versammlung diese Anträge durch ihre Initiative zu unterstützen habe.

Berlin, 26. April. [Vom Hofe; Abschiedsdiners; Oberpräsident Flottwell.] Ihre Majestäten hörten gestern Vormittag mit der Frau Prinzessin von Preußen, der Frau Großherzogin Luise von Baden, der Prinzessin Alexandrine etc. die Predigt in der Schloßkapelle zu Charlottenburg. Darauf machten die hohen Herrschaften eine Spazierfahrt. Abends wohnten die Frau Prinzessin von Preußen und die Frau Großherzogin Luise im Saale der Singakademie der Verhandlung über Errichtung eines neuen Bräuterkhauses bei. Die Versammlung war sehr zahlreich und zeigte sich sehr geneigt, den Plan des Kuratoriums in jeder Weise fördern zu helfen. Dr. Wichern, der über denselben einen längeren Vortrag hielt, machte schließlich die Mittheilung, daß er durch ein frommes Legat das erste Handgeld, und zwar 1000 Thlr. erhalten habe. Der Prinz von Preußen arbeitete um diese Zeit mit dem Ministerpräsidenten. Dieser legte Sr. K. Hoheit die Rede vor, mit der morgen die beiden Häuser des Landtags geschlossen werden sollen. Mittags war bereits diese Rede im Schooße des Staatsministeriums berahten worden. Heute Vormittag nahm der Prinz die gewöhnlichen Vorträge entgegen und empfing darauf auch den Obercerimonienmeister v. Stillsfried, der sich darauf in die St. Hedwigskirche begab und in derselben noch einige, auf die bevorstehende Vermählung bezügliche Anordnungen traf. Wie man sich erzählt, war es Wunsch, die Trauung in der neuen Schloßkapelle zu vollziehen und Alles darin zu diesem Zwecke einzurichten zu lassen; doch soll man mit dieser Absicht auf nicht zu beseitigende Hindernisse gestoßen sein. Der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen sind mit ihren Kindern, dem Erbprinzen und der Prinzessin Stephanie, von Düsseldorf heute Abend hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von hohen Personen und den bereits hier angekommenen portugiesischen Gästen empfangen und ins Schloß geleitet. Morgen wird die fürstliche Familie beim Prinzen von Preußen das Diner einnehmen. Zur Feier der Vermählung ist am Donnerstag Galadiner im Schloße und Abends Assemblée beim Prinzen von Preußen; bei demselben findet auch Tags darauf Dejeuner dinatoire statt und am Sonnabend ist beim Prinzen Karl große Tafel. Abends versammeln sich wieder alle hohen Personen im Palais des Prinzen von Preußen. Wie bereits gemeldet, hat der Fürst schon zum 2. Mai einen Extrazug zur Fahrt nach Düsseldorf bestellt; heute höre ich jedoch, daß der Hof die fürstliche Familie noch einen Tag länger hier aufhalten will. Heute Abend sind die sämtlichen Mitglieder der k. Familie beim Prinzen von Preußen zum Souper, außerdem haben aber auch mehrere hochgestellte Personen, namentlich Militärs, Einladungen erhalten. — Der Ministerpräsident gab gestern ein parlamentarisches Diner und ebenso hatten die Mitglieder des Herrenhauses dem Präsidium ein Abschiedsdiner veranstaltet. — Mit dem Befinden des Oberpräsidenten Flottwell geht es in den letzten Tagen nicht ganz nach Wunsch; Mitte voriger Woche fühlte er sich schon so wohl, daß er sich wieder an seine Amtsgeschäfte begeben wollte. Der Patient klagt namentlich über Schlaflosigkeit und auch das Wundfieber will ihn noch nicht verlassen.

[Ueber Adolph Schlagintweit] kamen jüngst vom indischen Gouvernament Depeschen an seine beiden Brüder, die sehr beunruhigende Nachrichten über ihn enthalten. Die „Sp.“ gibt auf Wunsch A. v. Humboldt's folgenden Auszug aus den betreffenden Depeschen: Die Nachrichten d. d. 30. Januar 1858 sind von Gwala Lahai, dem Minister des jetzigen Rajah von Kashmir (Jambir Singh, Gulas Singh's Nachfolger); aus Lahore waren sie am 11. Februar abgegangen. Jambir Singh, der Adolph Schlagintweit auf seiner Reise im Kuenlun begegnete, hatten berichtet, daß er mit den Bewohnern Kohlands nach Yarkand gezogen, da er bei seiner Ankunft in Turkestan die Bevölkerung, unabhängig vom indischen Aufstande, in einem allgemeinen Kampfe gegen die Chinesen traf. Seit 9 Monaten waren keine Briefe mehr nach Indien und Europa gekommen. Doch bestätigten indirekte

Nachrichten durch Missionare aus Lahai im Juni die Kämpfe der Yarkandis und ihre günstigen Erfolge. Jüngst aber waren wiederholt Gerüchte nach Lahore gekommen, die, wie von den Behörden mit großer Theilnahme befragt wird, es nur zu sehr wahrscheinlich machen, daß Adolph Schlagintweit im Kampfe gefallen sei.

Dreslau, 25. April. [Furchtbarer Brand.] Frankenstein eine der gut gebauten Städte Schlesiens, ist in vergangener Nacht ein Raub der Flammen geworden. Diese betrübende Kunde, welche mit dem heutigen Frühzuge der Freiburger Eisenbahn aus Schweidnitz und Reichenbach hier angekommenen Reisende zuerst mittheilten, hat sich im Laufe des Tages rasch durch alle Schichten der hiesigen Bevölkerung verbreitet und deren lebhafteste Theilnahme wachgerufen. Es fehlten zwar noch genauere Angaben über das traurige Ereigniß, doch stimmten sämtliche Nachrichten darin überein, daß das Brandunglück von der größten Ausdehnung war, und sich nur mit dem vergleichen lasse, welches im vorigen Sommer die Stadt Bojanowo betroffen. 400 Häuser mit Einschluß der öffentlichen Gebäude, worunter das Rathhaus und die beiden Kirchen, sollen niedergebrannt, und damit das Städtchen selbst beinahe völlig vernichtet sein. (Frankenstein zählt 535 Wohngebäude und 6179 Einwohner.) Wie erzählt wird, war das Feuer schon gestern (Sonntag) Nachmittags um 3 Uhr (nach Anderen erst Abends 11 Uhr) durch Unvorsichtigkeit ausgebrochen, und wüthete die ganze Nacht hindurch, da ein heftiger Sturm jede Löschhülfe vereitelte. Nur eine spärliche Anzahl Wohngebäude ist von dem furchtbaren Elemente verschont geblieben, und die mehr als 6000 Menschen umfassende Einwohnerschaft befindet sich obdachlos.

26. April Morgens. Heute erhalten wir durch Privatmittheilung folgende nähere Daten über das schreckliche Brandunglück in Frankenstein. Das Feuer war Sonntag Nachmittags 2½ Uhr in der Silberberger Gasse ausgebrochen, verbreitete sich rasch durch die Ober-, Nieder- und Wadergasse, und verzehrte den ganzen nach Glas zu belegenen Stadtheil. Bei dem anhaltenden heftigen Winde faßte das Flugfeuer auf verschiedenen Stellen und machte die Löschhülfe illusorisch, zumal ein großer Theil der inneren Stadt mit Schindeln gedeckt war. Erst gegen 12 Uhr Nachts, als der Sturm sich einigermaßen gelegt hatte und ein starker Regenguß eingetreten war, gelang es, der weiteren Verheerung Einhalt zu thun. Das Rathhaus und die katholische Kirche waren zusammengeflüßt, das Kreisgerichtsgebäude, die evang. Pfarrkirche und die Post standen noch. Drei Viertel der Stadt und das von den Flammen gleichfalls ergriffene Nachbarort Zabel waren bereits eingäschert. Leider sind auch Menschenleben zu beklagen, 4 Tode wurden aufgefunden und ein schwer Verwundeter nach dem Kloster der Barmherzigen Schwestern geschafft, welches jedoch auch in Gefahr war. Zur Dämpfung des Feuers hatten die Behörden eine Anzahl Mannschaften und Pferde aus Heinersdorf und Obersdorf requirirt, die sich bei den Rettungsarbeiten durch Muth und Energie auszeichneten. Ein großer Theil der obdachlos gewordenen Einwohner wurde für die Nacht nothdürftig in den stehen gebliebenen Häusern untergebracht; wo sie später Aufnahme und Schutz finden werden, läßt sich noch nicht absehen. — Der Oberpräsident Frhr. v. Schleier hat sich mit dem gestrigen Abendzuge nach der Brandstätte begeben, um von dem Umfange des angelegten Schadens persönlich Kenntniß zu nehmen, und die Mittel zur Einderung der Noth schleunigst anzuordnen. Auch war mit dem gestrigen Mittagszuge der Dirigent der Regierungsabtheilung des Innern, Oberregierungsath v. Götze, dorthin abgereist. — Nachschrift. Drei Viertel der Stadt sind ganz oder theilweise ausgebrannt. Da wo es noch brennt, ist man mit Dämpfung des Feuers beschäftigt. Aus den umliegenden Ortschaften werden abwechselnd fortwährend Mannschaften und Pferde, letztere zum Transport der Wasserkübel, Wagen etc. gestellt. Auf Requisition ist von Silberberg eine Abtheilung von 30 Mann Militärs unter dem Kommando eines Offiziers eingetroffen, welche beim Löschen und Aufdecken der Brandstätten Hülfe leisten. So viel jetzt bekannt, sind in Zabel 3 Personen (eine Mutter mit ihrer Tochter und ein alter Mann), aus Frankenstein 4 Personen, bis jetzt also 7 Personen ums Leben gekommen. (Fr. Z.)

Nordhausen, 23. April. [Schulreise bei Dissidenten.] In dem Petitionsberichte des Abgeordnetenhauses über Dissidentenangelegenheiten ist unter Anderem mitgetheilt worden, daß der Superintendent Schmid in Nordhausen behauptet, es müsse zur Beurtheilung der landrechtlich erforderlichen Schulreise der Maßstab angelegt werden, daß der Schulanterricht bis zur (evangelischen) Konfirmation der Kinder fortzusetzen und vor derselben nicht abbrechen sei, und auch der Kultusminister erkläre diese Auslegung des Allgemeinen Landrechts (Zfl. II. Tit. 12 §. 46) für richtig. Die prinzipiell wichtige Frage ist inzwischen thatsächlich erledigt. Den Konfirmanten der Dissidentengemeinde wurde diese Diener in der That das Schulentscheidungszeugniß aus dem erklärten Grunde der noch nicht erfolgten kirchlichen Konfirmation verweigert. Der Vater des Einen suchte Remedur der k. Regierung nach, indem er unter Anderem erklärte, „daß sein Sohn niemals kirchlich konfirmirt werden würde, da seine Ueberzeugungen dies nicht zuließen“. Die k. Regierung hat nun in ihrem Bescheide vom 7. April den Konfirmationspunkt vollständig fallen lassen und den Petenten an die Ortschulaufsicht gewiesen, welche nach §. 46 Tit. 12 Zfl. II. des Allg. L. R. zu verfahren habe. Die Schulaufsicht, Superintendent Schmid, hat demgemäß, da die Schul-

reise feftstand, die Entlassung aus der Schule und die Ertheilung des Zeugnisses nicht ferner vorenthalten können. (R. 3.)

Oesterreich. Wien, 25. April. [Unterrichtsverordnung; der Handel nach dem Orient.] Das Unterrichtsministerium hat verordnet, daß bei allen Vorschlägen für erledigte Lehrerstellen hauptsächlich auf Fähigkeit, Berufseifer, sittliches Wohlverhalten, religiöse Bestimmung und praktische Tüchtigkeit gesehen werden soll. Das höhere Dienstalter kann nur bei gleichen Fähigkeiten, gleicher Geschäftlichkeit und gleicher Vertrauenswürdigkeit eine vorzugsweise Rücksicht gewähren. Allerdings ist in keinem Dienstzweige die Anciennetät weniger angebracht als im öffentlichen Unterricht. — Für den Export Oesterreichs nach dem Orient ist neuerdings ein wichtiger Schritt geschehen. Die Wiener Handels- und Gewerbekammer sendet einen Gelehrten nach der Türkei, um daselbst durch ein dreijähriges, alle einschlägigen Verhältnisse umfassendes Studium die Handels- und Abgabeverhältnisse des Orients gründlich zu erforschen, und die gesammelten Erfahrungen für die österreichische Industrie nutzbringend darzulegen. Dieser Gelehrte wird sich vorerst in Pesth, Semlin und Belgrad etwas verweilen, theils um Informationen dortiger Industrieller (in Pesth wegen des wichtigen ungarischen Weinexports) entgegenzunehmen, theils sich über sonstige für seine Mission belangreiche Verhältnisse an diesen wichtigen Verkehrspunkten zu orientiren. In Wien hat derselbe bereits vielfache Vorstudien in verschiedenen Etablissemens gemacht.

— [Spiritusbontifikation.] Vor Kurzem wurde bekanntlich vom Finanzministerium die Steuerbontifikation für den Cimer 30gradigen Spiritus von 2 Fl. 15 Kr. auf 3 Fl. R. M. erhöht. Die „A. A. Z.“ meldet über die Veranlassung dazu Folgendes: „Diese Maasregel war dringend geboten durch die Konkurrenz der preussischen Spirituserzeugung, welche wegen der höhern (etwa 3 Fl. betragenden) Bontifikation und billiger Fracht das österreichische Fabrikat von den italienischen Exportplätzen fast verdrängt hatte. Nachdem Oesterreich 1856 die Brennsteuer etwa zur Höhe der preussischen erhöht hatte, war es zur Erleichterung der einheimischen Industrie nicht mehr als billig, auch bezüglich der Steuerrückvergütung sich dem preussischen Satz zu nähern.“

Württemberg. Stuttgart, 24. April. [Ueber das württembergische Konkordat] geht der „D. A. Z.“ eine Erörterung zu, der wir folgende Sätze entnehmen: „Dies Konkordat ist zwar von Seiten des Staates und des Papstes vollzogen und bekannt gemacht worden; allein zu seiner vollständigen Gültigkeit fehlt noch die ständische Zustimmung zu denjenigen Artikeln, welche gewisse bisherige Staatsgesetze, beziehungsweise Bestimmungen der Verfassung theils ganz aufheben, theils modifiziren. Sachgemäß hat sich die königl. Regierung bei ihrer Ratifikation diese ständische Zustimmung vorbehalten. Wird dieselbe erfolgen? Jedenfalls kann man interessanten Verhandlungen darüber in der württembergischen Ständeverammlung entgegensehen. Eben so darf man hoffen, daß die Erwartungen der Freunde des Rechts und der Aufklärung nicht werden getäuscht werden. Harte Kämpfe wird der Artikel 5 des Konkordats hervorrufen, welcher das durch §. 72 der Verfassung eingeführte Placet geradezu aufhebt. Nun erlaubt zwar die jenen Artikel erläuternde Instruktion, daß Verordnungen der geistlichen Behörde, welche staatliche Gegenstände betreffen, vor ihrer Veröffentlichung der Genehmigung der Regierung unterliegen; warum hebt aber denn der Art. 5 des Konkordats das Placet des Staates geradezu auf und giebt den Verkehr des Bischofs mit Papst, Klerus und Volk „völlig frei“? Ueberhaupt ist das ganze Konkordat ein diplomatisches Kunststück, von dem man glauben sollte, es hätten es bloß Kinder dieser Welt, nicht aber auch Kinder des Heiligen Stuhls gemacht. Es hat nämlich ein doppeltes Gesicht. In den Artikeln des Konkordats ein rein römisches, in der davon gesonderten Instruktion ein staatsrechtliches. Was wird bei Konflikten gelten? Jedenfalls wird sich der Klerus an die Artikel des Konkordats halten. Eben so werden sich die Stände, welche die sämtlichen Kosten für die Erziehung und den Unterhalt der angehenden katholischen Geistlichen während acht Jahren auf Gymnasien und Universitäten tragen, nicht ohne Widerspruch darein fügen, daß dem Staat von der Aussicht über die diesfälligen Konflikte im Konkordat und in der Instruktion nur ein so kleiner Bruchtheil gelassen worden ist. Auch der Umstand, daß der Elementarunterricht, Anstellung und Absetzung der Lehrer an Gymnasien, der Professoren an der Universität, so weit sie mit dem Katholizismus in Verbindung stehen, überhaupt das ganze katholische Unterrichtswesen dem bon plaisir des Bischofs fast unbeschränkt überlassen ist, die vom Papst verlangte Dotation des Bisthums mit liegenden Gründen wird jedenfalls von den württembergischen Ständen unbedingt abgelehnt werden.“

Hessen. Kassel, 25. April. [Christliche Diensthoten bei jüdischen Herrschaften.] Bereits im Jahre 1854 wurde die hier folgende Eingabe, ein charakteristisches Merkmal der Bestrebungen im christlich-germanischen Staate, dem Ministerium Hassenpflug übergeben; damals ad acta gelegt (obwohl sie ganz gewiß so manchen Wahren und Beherzigenswerthen für Hessen und andere Gegenden enthalten mag), bildet sie jetzt das Motiv zu den (i. Nr. 94) angeordneten Ministerialverfügungen. Dieselbe lautet: „Ueber den nachtheiligen Einfluß, den die Juden auf die öffentliche Moral und insbesondere auf das Christenthum ausüben, und wie leider die Landleute in vielen Gemeinden unseres Vaterlandes die Kniffe und die Sprache der Juden, durch tägliches Beispiel belehrt, sich aneignen, ist schon häufig genug geklagt worden. Nichts aber trägt so sehr zum Verberb der geringeren christlichen Klasse der Staatsangehörigen bei und nichts untergräbt mehr christliche Sitte, christliche Treue und unseren heiligen Glauben, als der große Uebelstand, daß es den Juden gestattet wird, der ausdrücklichen Bestimmung des §. 7 (Pos. 2) der Judenverordnung vom Jahre 1679 zuwider, christliche Diensthoten, Gehülfen, Schreiber u. in ihre Dienste zu nehmen. Wie die Juden schon außer dem Hause beflissen sind, dem Christenthum entgegenzuarbeiten, frivole Reden über die dem Christen heiligen Gegenstände zu führen, durch allerlei Geschäfte (wenigstens auf dem Lande) am Sonntage den Christen zu stören, oder auch vom Kirchenbesuche abzuhalten, so thun sie dies noch weit mehr mit den ihnen untergebenen Christen in ihrem eigenen Hause. Hier überall, und ich zweifle nicht daran, in ganz Hessen haben die Juden nur mit wenigen Ausnahmen nur christliche Knechte, Mägde, Kutscher, Diener, und die Judenadvokaten nur christliche Gehülfen und Schreiber. Dies dienende Personal darf bei Strafe des Mißfallens nichts Christliches durchblicken, kein christliches Gefühl merken, kein christliches Gebet hören, und nichts vom Christenglauben sehen lassen. An Sonn- und Feiertagen werden diesem christlichen Geseße allerlei Verrichtungen aufgetragen, daß es an keinen Kirchenbesuch denken kann, aber gar verspottet wird es von seiner Herrschaft, wenn es die Absicht an den Tag legen sollte, einmal zum heiligen Abendmahle zu gehen. So wird methodisch bei diesen armen Leuten der Christenglaube und die Liebe zum Christenthume untergraben. Als beinahe die alleinigen Inhaber des baaren Geldes auf dem platten Lande,

hält das Wuchsthum des jüdischen Einflusses auf die immer mehr verarmende christliche Bevölkerung ganz gleichen Schritt mit dem moralischen Verfall und dem materiellen Untergang der letzteren. Seit 20 Jahren wohne ich auf dem Lande, sehe täglich das nachtheilige Treiben der Juden und die dadurch successive herbeigeführte Verarmung der christlichen Landbewohner. Der Gewohnheitswucher der Israeliten, der in anderen Staaten so streng bestraft wird, steht hier in vollster Blüthe (ein einziger Jude hat z. B. das ganze Dorf Mitterode, Amis Bischhausen, an den Bettelstab gebracht), und dabei kommt es auch vor, daß Juden ihre Pöbelereien auf die in ihren Diensten stehenden, in ihrem Geiste zu handeln angelerten christlichen Gehülfen schieben. Als ich z. B. dem Advokaten N. N., einem Juden, eine Unregelmäßigkeit gegen mich, die mir ganz unnötige Kosten zu seinem Nutzen verursachte, als einen Judenstreich bezeichnete, entschuldigte er sich damit, daß nicht er, sondern sein christlicher Gehülfe es gethan habe. Abgesehen davon, daß hier ein Jude sich eines Christen zu einem Schurkenstreich bedient, so wird ein Jude für die Christen und das Christenthum am allergefährlichsten, wenn man ihn zur Advokatur zuläßt. Er wird bald vor allen christlichen Advokaten die einträglichste Praxis erlangen, seiner Schlaueit, seiner Kriecherei und nach Umständen auch wieder Frechheit kommt nichts gleich, und in seiner Umgebung hört alle Moral und christliche Zucht auf. Man frage nur einmal nach, wann die Schreiber christlichen Glaubens, die der Jude hält, jemals in die Kirche oder zum Abendmahle gegangen sind. Und der nachtheilige Einfluß, den in christlich-religiöser Hinsicht der jüdische Advokat auf seine zahlreichen Klienten, namentlich hinsichtlich der Ableistung eines Eides ausübt, ist vollends unberechenbar!“ (B. 3.)

Oldenburg. 23. April. [Landtag.] Eine auf heute Nachmittag außerordentlicher Weise angekündigte Landtagssitzung hatte folgende Veranlassung: Mittels Beschlusses vom 21. d. und danach erlassenen sofortigen Schreibens des Landtags hatte dieser die Staatsregierung ersucht, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß auf dem Wege einzuleitender Konferenzen noch eine Vermittelung in Betreff des vom Landtage abgelehnten Personen- und Einkommensteuergesetzes versucht werde. Hierauf war am gestrigen Tage die Erwiderung der Staatsregierung erfolgt, in welcher dieselbe die Gründe darlegte, aus welchen die Einschlagung des Konferenzweges ihr gesetzlich nicht zulässig erscheint, wohingegen sie ihrerseits, um einem aus dem Schreiben hervorgetretenen Wunsche des Landtags wegen des Zustandekommens des fraglichen Gesetzes zu begegnen, und gestützt auf das nach §. 77 der Geschäftsordnung zulässige Verfahren vergleichsweise proponirt, daß einige der vom Landtage zu einzelnen Artikeln des Gesetzes gefaßten Beschlüsse einer Abänderung unterzogen werden möchten. Das Wesentliche dieser regierungseitig verlangten Aenderung besteht darin, daß die Höhe der Personensteuer um etwa 1/4 herabgesetzt, dagegen das Einkommen aus Grundvermögen in gleicher Weise, wie das Einkommen von sonstigem Kapitale, mit 2 Prozent besteuert werde. Besonders hervorgehoben wird, daß es weit mehr gerechtfertigt erscheine, unter den Verhältnissen, wie sie vorliegen, die Personensteuer als die Steuer vom Einkommen aus Grund und Boden zu ermäßigen. Vorstehende Erwiderung der Staatsregierung hatte nun dem Landtagspräsidenten zur Berufung einer außerordentlichen Sitzung Anlaß gegeben. Derselbe proponirte, daß zur Prüfung des Vorschlags ein besonderer Ausschuss sofort erwählt werden möge und derselbe gehalten sein solle, schon morgen Bericht zu erstatten. Die Versammlung war damit einverstanden und es wurden die Mitglieder des Ausschusses gewählt. (Wes. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 23. April. [Parlament.] In der gestrigen Oberhausitzung legte der Earl von Malmesbury verschiedene, die Wegnahme des „Cagliari“ betreffende Papiere auf den Tisch des Hauses nieder. Lord Lyndhurst beantragte die zweite Lesung der Bill, durch welche der parlamentarische Eid abgeändert werden soll. Wie er hervorhob, findet auf die jetzt dem Hause vorliegende Bill der früher von Lord Derby erhobene Tadel, daß die beiden der Natur der Sache nach von einander verschiedenen Fragen des Abschwörungseides und der Emanzipation der Juden mit einander vermischt würden, keine Anwendung. Beide Fragen seien jetzt so scharf von einander getrennt, und über jede einzelne derselben könne das Haus ein besonderes Votum abgeben. Die Frage über die Nichtberechtigung der Juden, im Parlament zu sitzen, werde im fünften Artikel der Bill behandelt, welcher die Auslassung der in der bisherigen Eidesformel vorkommenden Worte „auf den wahren Christenglauben“ gestatte. In der Komiteberathung werde es einem jeden der edlen Lords freistehen, die Ausmerzung des besagten Artikels zu beantragen, und auf diese Weise werde die Frage von der Zulassung der Juden als eine für sich allein dastehende zur Sprache kommen. Der Earl von Derby hat nichts dagegen, wenn die gegenwärtige Eidesformel abgeändert wird und man die veralteten Theile derselben wegläßt. Der zweiten Lesung des Gesetzeswurfs wolle er sich daher nicht widersetzen. Was aber den die Juden betreffenden Artikel angeht, so beharrte er bei seiner alten Ansicht und erklärte, daß, wenn im Komite die Auslassung dieses Artikels (Art. 5) beantragt werde, er gesonnen sei, den Antrag zu unterstützen. Earl Grey sprach für Zulassung der Juden und empfahl dem Earl von Derby, in dieser Angelegenheit dem Beispiele zu folgen, welches der Herzog von Wellington bei Aufhebung der Test und Corporations Acts gegeben habe. Der Earl von Wicklow protestirte gegen die Behauptung, daß die vorgeschlagene Abänderung der Eidesformel allgemeinen Beifall finden werde. Die Bill wurde hierauf zum zweiten Male verlesen.

In der gestrigen Unterhausitzung erklärte, als Antwort auf Fragen Roebuck's und Sir R. Bethell's, der Attorney General, nachdem Bernard von der gegen ihn erhobenen Hauptanklage durch eine englische Jury freigesprochen worden sei, habe er (der Redner) alle wieder ihn vorgebrachten Beweise, auf welche sich die Anklage wegen Verschwörung stützen könne, aufs Sorgsamste geprüft und sei zu der Ansicht gelangt, daß es rascham sein werde, Bernard nicht weiter gerichtlich zu belangen (i. tel. Dep. in Nr. 96). Man ihue wohl daran, den im peinlichen Rechte geltenden Satz, welcher in England stets heilig gehalten worden sei, den Satz: „Nemo debet bis vexari pro eadem causa“, nicht aus dem Auge zu verlieren. Die dem Angeklagten zur Last gelegten beiden Verbrechen seien zwar nominell verschieden, der Sache nach jedoch Eins. Eben so verhalte es sich mit den Beweismitteln. Wie die Sache jetzt stehe, könne Bernard sich als vollkommen freigesprochen betrachten. Sir R. Bethell bemerkte, obgleich die vorige Regierung Schritte gethan habe, Bernard wegen Verschwörung zu belangen, so habe sie doch nie daran gedacht, ihn der Urheberchaft oder Mithülfe am Morde anzuklagen, ja, sie sei zu der Ansicht gelangt, daß man vernünftiger Weise nicht erwarten könne, mit einer solchen Anklage durchzubringen. In den Zeitungen habe man gelesen, daß nach dem Amtsantritte des gegenwärtigen Attorney General der die Anklage leitende jüngere Jurist, Herr Bobkin, dahin instruit worden sei, die Anklage auf Verschwörung fallen zu lassen und statt ihrer die auf Mord zu erheben. Er frage nun, ob dies aus Auslaß des damaligen und jetzigen Attorney General geschehen sei. Der Attorney General weiß nichts davon, daß Bobkin je erklärt hat, die Krone sei gesonnen, die auf Verschwörung lautende Anklage fallen zu lassen. Sir R. Bethell: Wir verlangen eine einfache Antwort auf eine einfache Frage. Die Frage ist diese: Gesah es im Auftrage der Regierung, daß

Herr Bobkin die Anklage auf Verschwörung in eine Anklage auf Mithülfe am Morde verwandelte? Der Attorney General: Ich habe keine andere Antwort zu geben, als die bereits erteilte. Ich füge hinzu, nicht als Antwort, sondern aus einem Gefühle der Achtung vor diesem Hause, daß für Alles, was entweder vor dem Polizeigericht oder vor dem Kriminalgericht, oder irgendwo anders in dieser Sache von der Stunde an, wo die gegenwärtige Regierung ins Amt trat und mir die Ehre zu Theil wurde, Ihrer Majestät Attorney General zu werden, gethan worden ist, ich mich hier als persönlich verantwortlich hinstelle und jederzeit und bei jeder geeigneten Gelegenheit bereit sein werde, das von mir beobachtete Verfahren zu rechtfertigen. — Als Antwort auf eine Frage Sergeant Kinglake's bemerkte der Staatssekretär des Innern, Herr Walpole, in der Prozedur gegen Bernard habe die Regierung keinen Schritt gethan, ohne vorher den Rath des Attorney Generals eingeholt zu haben. Die vorige Regierung habe ganz mit Recht eine Belohnung auf die Greifung des Missethats gegeben, und zwar nicht unter der Anklage eines bloßen Misdemeanour, sondern der Felony. Wisse beantragte folgende Resolution: „Die jetzt dem konsolidirten Fonds zur Last fallenden diplomatischen Gehälter und Pensionen sind unter eine mehr unmittelbare Ueberwachung und Kontrolle des Parlamentes zu stellen, und aus einem jährlich von dem Hause der Gemeinen zu diesem Zwecke zu bewilligenden Votum zu bestreiten. Er nahm, um seinen Antrag zu stützen, auf das Gutachten des Ausschusses vom Jahre 1850 Bezug, welcher eine Ermäßigung der Ausgaben für den diplomatischen Dienst durch Revision, resp. Herabsetzung der Gehälter, Verschmelzung mehrerer Missionen zu einer einzigen und Ersetzung von Gesandtschaften durch Konsulate anempfahl. S. Fitzgerald bekämpfte den Antrag im Namen der Regierung. Auch Lord Palmerston und Lord J. Russell sprachen gegen denselben. Bei der Abstimmung erfolgte die Verwerfung mit 142 gegen 114 Stimmen.

London, 24. April. [Bankett für Belfier.] Die Mitglieder des „United Service Club“ gaben dem Marschall Belfier, Herzog von Malakoff, in ihrem Klubhause, Pall-Mall, ein glänzendes Bankett. Die Mehrzahl der dem Feste Beisitzenden hatten sich um 8 Uhr eingefunden, und vor dem Festlokale hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge versammelt, der es darum zu thun war, sich den fremden Ehrengast, sowie die verschiedenen militärischen Notabilitäten ihres eigenen Landes bei ihrer Ankunft anzusehen. Der Herzog von Cambridge, welcher den Vorstoß führte, erschien kurz vor 8 Uhr und der Marschall Belfier, von seinen Adjutanten, dem Oberstleutnant Appert und dem Kommandanten Duval, begleitet, pünktlich um 8 Uhr. Unter den Anwesenden (es waren ihrer etwa 150) befanden sich die Generale Sir J. F. Burgoyne, Sir W. Codrington, Viscount Gough, Sir James Simpson, Earl v. Lucan, Sir G. A. Welbore, Sir R. Airey, Earl v. Cardigan, Sir W. F. Williams und die Admirale Sir G. Napier, Sir Richard S. Dundas und Sir Thomas Cochrane. Den ersten Toast brachte der Herzog von Cambridge auf Ihre Maj. die Königin Victoria aus, den zweiten, sehr warm aufgenommen, auf den Kaiser Napoleon III. und seine erlauchte Gemahlin und den dritten, der gleichfalls mit lebhaften Beifallsbezeugungen begrüßt wurde, auf den Herzog von Malakoff. Marschall Belfier antwortete in einer französischen Rede. Er pries in derselben die Trefflichkeit des englischen Heeres und erklärte, daß er nach England herübergekommen sei, um diesem Lande die Freundschaft zu bieten und für die Fortdauer des französisch-englischen Bündnisses zu wirken. Nach Beendigung seiner Ansprache nahm er seinen Platz unter lautem Beifall wieder ein. Die Gesellschaft trennte sich kurz nach Mitternacht.

Der Herzog v. Cambridge bemerkte in seinem Toast auf den Marschall Belfier unter Anderm: „Unser berühmter Gast hat lange Zeit mit dem brittischen Heere verkehrt und die Vortheile des französisch-englischen Bündnisses schätzen gelernt. Dieses Bündniß, das wage ich zu behaupten, wird für beide Nationen im Frieden eben so segensreich, wie im Kriege, und es ist unsere Pflicht gegen beide Länder, daß wir jede Gelegenheit benützen, ein Bündniß zu festigen, welches so sehr geeignet ist, die Interessen der ganzen Welt zu fördern. Da ich selbst diese Ansicht hege und davon überzeugt bin, daß das ganze britische Reich sie theilt, so schätze ich mich glücklich, den Vorstoß bei einer Gelegenheit zu führen, wo die Mitglieder dieses Klubs dem Manne Ehre erweisen, dem Ehre gebührt.“ Der Marschall, Herzog von Malakoff antwortete ungefähr Folgendes: „Monseigneur und meine Herren! Ich bin Ihnen unendlich erkenntlich für die an mich gerichteten wohlwollenden Worte und danke Ihnen mit voller Aufrichtigkeit. Indem ich in Ihrer Mitte erscheine, hege ich das Vertrauen, beiden Ländern die glorreichsten Erinnerungen ihres Bündnisses zurückzurufen. Glauben Sie mir, ich hege den lebhaftesten Wunsch, als Symbol einer lokalen, würdigen und festen Politik aufgenommen zu werden. Mein Verhalten wird stets von allen Hintergedanken frei sein, und ich werde mich, da ich so häufig Gelegenheit gehabt habe, Auge in Auge und Seite an Seite den Werth eines festen und dauernden Bündnisses zwischen den beiden großen Nationen zu schätzen, immerwährend von dem großen Gedanken leiten lassen, daß es eine nothwendige Bedingung für den Fortbestand des Bündnisses ist, daß die Ehre des einen Volkes nie der Ehre des andern geopfert werde. (Beifall.) Ich komme zu Ihnen und reiche Ihnen die Freundschaftshand. Ich komme hierher voll von Hochachtung für Ihre Institutionen und für Ihre huldreiche Souveränität. Von ganzem Herzen schließe ich mich abermals dem auf Ihre erhabene Person ausgebrachten Toast an und trinke auf die Wohlfahrt Englands und auf die beständige Fortdauer seines Bündnisses mit dem edlen Lande, welches ich unter Ihnen vertere.“ (Lange anhaltender Beifall.) Ehe der Marschall das Festlokal verließ, sagte er zu dem Herzog v. Cambridge, daß, wiewohl er wegen seiner Unkenntniß der engl. Sprache nicht jedes von Sr. R. Hoheit gesprochene Wort verstanden habe, er doch im Allgemeinen den Sinn der Worte, wenn auch nicht mit dem Ohre, so doch mit dem Herzen begriffen habe und die Gefühle, die in ihm rege geworden, vermöge er nicht besser, als durch einen herzlichen Händedruck zu bekunden, da er ja doch nicht einem jeden der anwesenden Offiziere die Hand drücken könne. Dieser zwischen dem Herzog von Cambridge und dem Herzoge von Malakoff ausgetauschte Händedruck ward von der ganzen Gesellschaft mit großem Enthusiasmus aufgenommen.

Frankreich.

Paris, 24. April. [Die Beziehungen zu England; der deutsch-dänische Konflikt.] Das „Pays“ veröffentlicht ein Bruchstück aus einem Londoner Schreiben, welches offenbar aus dem Ministerium des Aeußern herrührt, und das sich Betreffs Englands in den wohlwollendsten Ausdrücken ergeht. Diesem Schreiben zufolge ist der Herzog v. Malakoff in London nicht allein aufs Ausgezeichnetste empfangen worden, sondern die Freisprechung Bernards hat zu einem noch bezeichnenderen Ausdrucke von Gefühlen Veranlassung gegeben, nämlich zu einer Art von Protestation gegen dieselbe, indem sich alle Personen, die den hohen Klassen der Gesellschaft, der Bank, dem Großhandel angehörten, und alle Offiziere der Land- und See-Armee sofort nach dem Ausspruche des Schwornengerichts beim Marschall haben einschreiben lassen. „Man

macht sich", fährt alsdann das "Pays" fort, "eine sehr falsche Idee von den Gefühlen Englands in Bezug auf uns; der ganze intelligente und höhere Theil der Nation hat für den Kaiser und Frankreich eine tiefe Achtung, und wünscht aufs Lebhafteste die Allianz mit Frankreich; die unteren Klassen allein, Vorurtheilen gehorchend, zeigen sich feindselig; diese Feindseligkeit würde aber ohne Dauer und ohne Folgen sein, wenn sie nicht von den Flüchtlingen angefeuert und unterhalten würde. Diese Partei, der England mit Unrecht keine Beachtung schenkt, ist für die Unordnung organisiert; sie stützt sich auf die Volkshetze, sie regt die öffentliche Meinung auf, und sie ist es gewesen, die Bernad nach seiner Freisprechung eine Ovation darbrachte; sie ist es, die das Personal der mordbrennerischen Meetings bildet und in den Tavernen ihre Anhänger rekrutiert. Die Führer schmeicheln sich, mit der Zeit die öffentliche Meinung und selbst die Regierung in die Sphäre ihrer Aktion hineinzuziehen. Sie täuschen sich jedoch vollständig: der gesunde Theil der englischen Nation verachtet ihre Doktrinen und wünscht heiß die Aufrechterhaltung der französischen Allianz, welche die Basis des Wohlstandes in England und Ruhe in Europa ist." — Die "Patrie" enthält wieder einmal einen Artikel zu Gunsten Dänemarks. Ihr zufolge giebt der Bundestag Tendenzen kund, die dem dänisch-deutschen Konflikt eine neue Gestalt und den Anschein geben, ein europäischer werden zu wollen. Die "Patrie" will, daß die übrigen Mächte interveniren, falls der Bundestag die Souveränität des Königs von Dänemark angreift, d. h. mit anderen Worten, wenn Deutschland Dänemark zwingen will, sein gutes Recht anzuerkennen. (R. 3.)

— [Tagesbericht.] Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß Hr. v. Hübner sich auf das auswärtige Amt begeben und den Grafen Baleswicz über die Rede des Generals della Marmora um Erläuterungen gebeten hat. Die Antwort des Grafen soll eine freundlich ausweichende gewesen sein, aber wie es scheint, war der östr. Gesandte nicht befriedigt durch dieselbe. Ueberhaupt ist die Verstimmung zwischen Wien und Paris unverkennbar. — Die Note des Hrn. Renée wird als Privatmeinung dargestellt. Dieser Redakteur wird übrigens von Hrn. Mirès entlassen, weil er sich geweigert, einen Artikel von Limeyrac über Garadin's Fille d'un Millionnaire aufzunehmen. Er wird nun durch Limeyrac ersetzt, welcher vom Unterrichtsminister Rouland und von Hrn. Troplong protegirt wird und allerdings mehr Talent hat, als Hr. Renée. Hr. Limeyrac bekommt monatlich 1500 Fr. und die nöthigen Kosten, um einen Wagen zu halten. — Die dramatischen Schriftsteller und Komponisten haben in Paris ihre jährliche Generalversammlung gehalten. Die Summe der Autorenrechte, welche im Jahre 1857 eingingen, betrug 1,200,000 Fr., wozu das Ausland jedoch nur 9000 Fr. beigetragen hat. — Der Unterstützungsverein der "Freunde der Wissenschaft", welcher am 5. März 1857 von dem verstorbenen Baron Thénard gegründet wurde, hielt am 15. d. seine erste jährliche Sitzung. Der Chemiker Dumas hielt die Rede und erstattete Bericht über die Gesellschaft; sie zählt bereits 1000 Mitglieder und das Kapital beträgt über 130,000 Fr.; mehr als 8000 Fr. sind bereits zu Unterstützungen verwendet worden, besonders für die Familien der beiden Chemiker Laurent und Geyraud. — Der Redakteur "Nord" hat jetzt ein eigenes Bureau in Paris errichtet, welchem prächtige Salons und Lesezimmer beigelegt worden sind; es scheint, daß sie den Mittelpunkt der Russen in Paris bilden sollen. Die glänzenden Räume wurden kürzlich durch eine Solennität eingeweiht, welcher die Vertreter der Presse, der Literatur und die zur Zeit hier weilenden russ. Notabilitäten anwesend waren. Auch Prinz Nikolaus von Nassau erschien einige Augenblicke. Die drei Löwen der diesjährigen musikalischen Saison Tambulic, M... und Wientawski ließen sich bei dieser Gelegenheit hören. — In... Gefäß zu Abbeville ist der berühmte "Festival" aufgenommen. 1851 auf dem Gute des Hrn. Latache de Sah zur Welt kam und 1854 schon in Paris beim Wettrennen einen Preis von 2000 Fr., einen von 5000 Fr. in Orleans und einen anderen von 4000 Fr., ferner im Jahre 1855 in Paris einen Preis von 4000 Fr., einen von 6000 und den großen faif. Preis von 14,000 Fr. gewann. — Der Tabakskonsum nimmt in Frankreich noch jährlich in ziemlich bedeutender Weise zu, wie man aus dem Anwachsen der Staatseinkünfte erkennen kann. Die Tabaksteuer brachte der Regierung 1850 122 Mil., ein, 1852 130 Mil., 1853 138 Mil., 1855 152 Mil., 1856 163 Mil., 1857 173 Mil. — Sowohl von Paris als aus der Provinz kehren in diesem Augenblicke viele polnische Flüchtlinge, theilweise mit Frau und Kindern, in ihr Vaterland zurück. Den Unbemittelten wird von der russ. Regierung eine Reiseunterstützung und kostenlose Einfuhr ihrer Habeleistungen gewährt.

— [Marinestrafgesetzbuch; das Budget.] Dem gesetzgebenden Körper gehen fortwährend neue, noch zu erledigende Gesetzentwürfe zu. Bei der Unmasse von Arbeiten, welche noch rückständig sind, wird eine neue Verlängerung der Session immer wahrscheinlicher. In den letzten drei Sitzungen wurde über das Marinestrafgesetzbuch verhandelt. Dieses Gesetzbuch wird von Rechtskundigen eben so sehr gerühmt, wie das Militärstrafgesetzbuch, das in der vorigjährigen Session beraten wurde. — Der Bericht Devin's über das Budget, welcher vertheilt und auch im "Moniteur" abgedruckt ist, geht von der jetzigen Finanzlage aus; als Hauptgrundlag eines guten Budgets wird das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme bezeichnet; nur in Ausnahmefällen, bei Kriegen, Revolutionen und dergleichen, dürfe von dieser Regel abgewichen werden; doch müsse stets zu derselben möglichst schnell zurückgekehrt werden; wenn man sich nicht dem Vorwurfe eines schlechten Haushaltens aussetzen wolle. Aber bestünde dieses wirkliche Gleichgewicht in Frankreich, und könne es bestehen? Sei es nicht mehr scheinbar, als wirklich vorhanden? Leider sei dem so, doch biete der Kaiser Alles auf, um diesem Zustande ein Ende zu machen. Bis zum Budget für 1859 wurde das Gleichgewicht nur dadurch erzielt, daß man die Reserve- u. Amortisationsfonds jährlich in die laufenden Einnahmen hineinzog, wozu noch die bedeutenden Einzahlungen der Eisenbahngesellschaften (40 Mil. im Jahre 1853, 45 im folgenden, 31 im Jahre 1855 und 23 Millionen im Jahre 1856), so wie mehrere andere Posten kommen, deren Betrag noch nicht einmal aufgeführt wird. Aber im Budget für 1859 will die Regierung zu dem guten Prinzip zurückkehren, und es sollen 40 Millionen wenigstens von den 123 Millionen, die der Amortisation gehören, zu diesem Zwecke verwandt werden. Die Regierung erwartet von dieser Verwendung der 40 Millionen eine Hebung der Rente. Uebrigens dringt Herr Devin auf möglichste Ersparnisse in den „permanenten Ausgaben“. Schließlich zeigt der Berichterstatter, wie dies bei seiner Stellung nicht anders zu erwarten steht, die beste Zuversicht in Frankreichs Finanzlage.

Strasburg, 23. April. [Landwirtschaftliche Zustände.] Dauert der Abfall in den Getreidepreisen und Lebensmitteln noch eine Zeit lang fort, und fällt dadurch der Werth der Liegenenschaften im Allgemeinen, so steht zu erwarten, daß die Auswanderung sowohl diesseits, als auch jenseits des Rheins wieder in einem größeren Maßstabe in den Gang kommt. Die Landwirthe, welche einige Jahre glänzende Preise für ihre Erzeugnisse gewannen, fangen an zu klagen. Die Tabakspflanzer im Elsaß, denen die Regierung auch für dieses Jahr bereits gute Preise für ihre den Manufakturen zu liefernden Vorräthe bewilligt, sind na-

türlich sehr zufrieden, zumal der dem Privathandel überlassene Tabak noch immer nicht sogenannte mäßige Preise erlangen will. Nie war das Landesproduktengeschäft so darniederbelegen, wie gegenwärtig. Die Spekulation zieht sich von allem zurück und die Transaktionen haben nur den nöthigsten Bedarf im Auge. Man hat in den letzten Tagen den Weizen zu 13—15 Fr. (Hektoliter) verkauft, eine Erscheinung, welche in dem letzten Jahrzehent nicht mehr vorgekommen. Bis jetzt sind dabei die Ernteausichten so günstig, daß man ein weiteres Sinken mit Zuversicht erwartet. Auch die Weine werden seit vierzehn Tagen etwas billiger verkauft. Unsere Vorräthe an Lebensmitteln aller Art sind so groß, daß sehr Vieles nach Deutschland geht. In den Fabriken ist der Geschäftsgang etwas besser geworden; allein noch hat der Export seine frühere Bedeutung nicht wieder erlangt. Die im vorigen Jahre dahier errichtete großartige Spinnerei hat bis jetzt den Aktionären kein zufriedenstellendes Ergebnis geliefert. Man hofft, daß es jetzt besser werde in Folge einzelner Änderungen in der innern Organisation der Anstalt.

Belgien.

Brüssel, 23. April. [Die Wohlthätigkeitsverwaltung; literarisches; Fälschungen.] Der Kontrollauschuß zur Prüfung des Justizbudgets hat verschiedene Anfragen in Betreff der Wohlthätigkeitsverwaltung, welche er auf legislativem Wege geordnet zu sehen wünschte, an den Justizminister gerichtet. Schon vor dem Zusammenritte der Kammern sagte man, daß die Regierung einen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand im Laufe der gegenwärtigen Session nicht vorzulegen gedenke und dachle, daß die Erweiterung des Ministers auf obige Anfragen in gleichem Sinne ausgefallen sei. Die wichtige Frage der Wohlthätigkeit, sowie mehrere andere vom Kabinet beabsichtigte innere Reformen werden voraussichtlich erst in der nächsten Session zur Sprache kommen. Die Kammer beschäftigt sich gegenwärtig mit Beratung eines Gesetzentwurfes, welcher die Reform der sogenannten Prud'hommesgerichte zum Gegenstande hat. Letztere bilden eine Art von Friedensgericht, welchen in Streitfällen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vermittelnde Schlichtung zusteht. Das neue Gesetz vervollständigt diese nützliche Institution in anerkennenswerther Weise, indem es unter Andern den Wahlkreis für jene Gerichte unter den Arbeitern erweitert und Letzteren das Recht gewährt, eine gleiche Anzahl von Beisitzern zu ernennen, wie die Arbeitgeber. — Es ist hier so eben ein Buch erschienen, welches nicht verfehlt wird, in der gelehrten Welt großes Aufsehen zu erregen. Dasselbe ist betitelt: "Périodicité des grands déluges résultant du mouvement des apices de la terre", und hat den in weiteren Kreisen bekannten Naturforscher Kapitän Le Hon zum Verfasser, der es versucht hat, die bekannte Abhémars'sche Theorie durch aus der Geologie hergenommene Belege zu unterstützen. Dem Buche ist eine Karte Europas vor der Sündfluth beigegeben. — Elf Gewürzkrämer sind gegenwärtig hier wegen Verfälschung von Waaren in Anklagezustand. (R. 3.)

Brüssel, 24. April. [Ultramontane Bestrebungen; das Budget.] Die Verweigerungen der Abolution wegen des Haltens von liberalen Journalen kommen überall im Lande so häufig vor, daß es zu weit führen würde, sie noch ferner einzeln zu registriren. Aber in Walcourt ist eine neue Art von Einnischung vorgekommen, indem der dortige Pfarrer einen Knaben von der ersten Kommunion zurückgewiesen, weil er in einer Druckerei arbeite, wo ein liberales Journal gedruckt wird. So unsere Bischöfe, welche in diesen Tagen in Mecheln bei dem Kardinal-Großbischof zusammengekommen sind, hier den Plan zu ihrem politischen Feldzug weiter beraten und festgestellt haben, wird die Folge lehren. Bemerkenswerth ist es, wie sich das "Univers", das bekannte Organ der ultramontanen Partei Frankreichs, in Bezug auf die politische Thätigkeit des Klerus ausdrückt. Es sagt: "Als wir vor einigen Monaten gesehen, wie die Bischöfe von Sardinien, und bald darauf die von Belgien, Hirtenbriefe an ihre Völker richteten, um sie einzuladen, im Interesse der Religion von den politischen Mitteln, welche die Konstitution in ihre Hände gelegt, Gebrauch zu machen, haben wir gleich ohne Vorbehalt dazu unser Beifall gegeben. Ohne noch zu wissen, welches das unverzügliche Resultat dieser Appellation an die Gewissen der Gläubigen sein werde, haben wir uns dessen aufrichtig gefreut, weil wir darin die praktische Verurtheilung eines Systems erblickten, das so lange die Politik von der Religion getrennt und damit geendigt hat, sich unter dem Namen der Trennung der Kirche und des Staats als Prinzip aufzustellen. Gewiß nicht in unseren Augen hat dieses System nöthig, von dem bischöflichen Körper dieses oder jenes Landes verurtheilt zu werden; es ist das vor 25 Jahren in dem denkwürdigen englischen Schreiben Mirari vos geschehen, dessen Tragweite der belgische Liberalismus vollkommen begriffen, und das er noch ganz neulich zum Gegenstand seiner Verwünschungen, mitten unter den Blasphemien seines Triumphs machte." Deutlicher konnte sich Hr. Beuillot nicht ausdrücken, deutlicher nicht sagen, daß die politische Thätigkeit unseres Episkopats gegen das Prinzip selbst der konstitutionellen Regierung, gegen das Prinzip der Trennung der Kirche und des Staats, der Basis des Werks des Nationalkongresses, gerichtet ist. — Die im Budget des Innern für 1859 vorgeschlagenen Kredite betragen im Ganzen 8,364,837 Fr., und das Versprechen, welches neulich der Finanzminister in Bezug auf eine Verbesserung der Gehälter der Lehrer gegeben, findet sich darin befestigt. Für die königlichen Waisen werden 46,494 Fr., für die Mittelschulen 68,200 Fr., und für die Primarlehrer 301,810 Fr. mehr wie früher begehrt; außerdem werden 20,000 Fr. für Subsidien und Aufmunterungen von literarischen und wissenschaftlichen Arbeiten, und 30,000 Fr. zur wirksameren Aufmunterung der großen historischen und religiösen Malerei verlangt. (B. 3.)

Italien.

Turin, 20. April. [Die Angelegenheit des "Cagliari"] beschäftigt hier noch immer die öffentliche Aufmerksamkeit. Man schreibt aus Neapel, daß die neapolitanischen Behörden beim Bevollmächtigten des Hauses Rubattino einen Vergleichsversuch gemacht hätten, welcher auf Rückstellung des Dampfers gegen eine mäßige Summe mit Verzicht auf andere Schadloshaltung oder auf eine entsprechende Entschädigung hinausging; der Vergleich soll aber nicht zu Stande gekommen sein, hauptsächlich weil man von Seiten der Behörden für die Mannschafft in keine Verhandlung treten wollte. Der König von Neapel setzt seine Rüstungen fort und zuletzt war man dort beschäftigt, große Kanonen längs der ganzen Küste von Vagnoli bei Nisita bis zu den Graniti aufzustellen. Ebenso werden die Eingänge der Gassen Castello dell'Uovo, Castel Nuovo und del Carmine armirt. (N. 3.)

Neapel, 18. April. [Er mordung eines Franzosen.] Ueber einen schon anderweitig gemeldeten Vorfall giebt die offiziöse "Mailänder Zeitung" folgende Mittheilung: "Ein Franzose, Knopfmacher, vertrieb gestern die Kinder eines neapolitanischen Marineoffiziers, die trotz verschiedener Warnungen und Klagen abermals seinen Gärten belaraten, mit Knütteln und Ohrfeigen aus demselben. Der Offizier mit mehreren Freunden kam hinzu und tödtete den Franzosen durch einen Degen-

stoß. Der französische Konsul hat sofort Klage erhoben. Der Offizier und seine Mitschutigen sind verhaftet.

Neapel, 20. April. [Steuererlass.] Der im Jahre 1848 eingeführte Zuschlag von 6% auf die Grundsteuer in Sicilien ist vom Mai d. J. abgeschafft. Getreideausfuhr ist bis zum 15. Juni gestattet.

Spanien.

Madrid, 20. April. [Tagesbericht.] Seit einigen Tagen ging unter den bestunterrichteten Männern die Sage, Plutiz werde sich endlich zurückziehen. Die Sache hat sich jedoch in dem gestern zu Aranjuez gehaltenen Ministerrathe wieder gemacht, und Plutiz bleibt vorläufig im Amt. — Die Regierung hat den Brief der Gattin des Obersten Vergugo, dessen Zustand sich etwas gebessert hat, mit Beschlagen lassen, weil in demselben behauptet wird, der Morbanfall Aliberra's habe politische Gründe. — Die "Gaceta" enthält zwei Dekrete, durch welche in Montilla und Guellar Ergänzungswahlen für den Kongreß ausgeschrieben werden. — Die Gerichte von dem hoffnungsvollen Zustande der Königin Isabella werden heute als grundlos bezeichnet. — Die Königin hat einer Deputation der Mittelmeerbahn die Zusage ertheilt, daß sie der Einweihungsfeier beiwohnen und am 12. Mai Aranjuez verlassen werde, um am 13. in Alicante einzutreffen. Die königl. Kamille geht nach Valencia.

Madrid, 22. April. [Tel. Dep.] Der Senat hat heute die Diskussion über das die öffentlichen Ehrenbezeugungen betreffende Gesetz begonnen. Die Minorität bekämpft dasselbe.

— [Eine Depesche] vom 23. April meldet: Der Kongreß wird ununterbrochen die Beratung des Preßgesetzes beenden. Die Sitzungen der Cortes sollen gegen Ende Mai geschlossen werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 19. April. [Die neuesten Ministerialveränderungen.] Als Herr Kowalewski, der bisherige Kurator des Moskauer Lehrbezirks, zum Unterrichtsminister ernannt wurde, lehnte er zuerst diese hohe Stellung ab, indem er dem Kaiser sagte, daß er nicht zur Aristokratie bei Hofe gehöre und deshalb auf manchen Widerstand stoßen dürfte. Der Kaiser ergriff darauf seine Hand und sagte: "Ich bin die Aristokratie, die Sie stützen wird." Herr Kowalewski sprach hierauf noch von der Schwierigkeit, auf welche er in diesem seit so vielen Jahren vernachlässigten Ministerium stoßen würde und daß er fürchte, seine Kräfte würden nicht ausreichen. Ihr guter Wille bürgt mir für das Uebrige, erwiderte der Kaiser und der neue Minister beugte sich vor diesem ehrenvollen Zutrauen. Herr Kniazhewitsch (der neue Finanzminister, wandle seine 67 Jahre ein, der Kaiser erwiderte ihm, daß sein Geist von ihnen nichts bemerken lasse, und daß er seiner bedürfe. Obgleich Herr v. Brock sich mit allen Kriegsehren von seinem Posten zurückgezogen hat, und außer dem einmaligen Geschenk von 50,000 Rubeln, noch seinen vollen Ministergehalt als Mitglied des Staatsraths beibehält, so bleibt es doch immer ein Sturz. Der Kaiser hat mit seiner gewöhnlichen Delikatesse seine Dienste belohnen wollen, die vielleicht nicht immer auf der Höhe der Ansprüche standen, bei denen es aber weder an gutem Willen, noch an Eifer gefehlt hat. Man spricht jetzt auch von dem bald zu erwartenden Rücktritt des Justizministers Panin, der wenig beliebt ist, da in seiner 30jährigen Amtsführung keine Verbesserung in den Gerichten eingeführt worden ist.

— [Truppenbewegungen.] Vom Baikal, aus Irkutsk, vom Amur und aus Drenburg lauten die Berichte übereinstimmend, daß daselbst in militärischer Beziehung bemerkbar sei, als gelte es eine kriegerische Unternehmung gegen das Reich der Mitte. Jedenfalls trifft der Generalgouverneur Murawiew alle entsprechenden Anstalten, den Besitz des Amurgebietes zu sichern und die in jüngster Zeit von chinesischer Seite so erschwerten Handelsbeziehungen wiederherzustellen. (R. 3.)

— [Die asiatische Grenzregulirung.] Die "Nordische Biene" brachte vor einigen Tagen einen Artikel, welcher wenig bekannte Daten über die Grenzregulirung in Asien, zur Berichtigung falscher Angaben in verschiedenen Zeitungen, enthielt, und besonders einen auch in russische Blätter übergegangenen Passus hervorhob, dessen Mittheilung in politisch-geographischer Hinsicht von Wichtigkeit erscheint. Der bezügliche Passus lautet: "Wenn das Projekt der neuen Grenzlinie ohne Veränderung von der Pforte angenommen wird, so hat Rußland namhafte Erwerbungen gemacht, unter denen der See Balty-Göl sicher nicht den letzten Platz einnimmt. Denn ganz abgesehen von dem Reichthum desselben, dient der See auch als Handelsweg zwischen der Türkei und Persien, da er zwischen dem Ararat und Bajasel liegt, und circa 35 Meilen im Umkreis hat." An diesen Satz knüpft die "Nordische Biene" nun ziemlich umfangreiche Berichtigungen, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: 1) Der Umfang des Sees beträgt nicht, wie oben angegeben, 35 Meilen, sondern nur ca. 28 Werst, d. i. 4 geographische Meilen, und ist seine Lage so hoch (7340 Fuß über der Meeresfläche), daß der Schnee auf den umliegenden Bergen nur während der Sommermonate schmilzt, welche Zeit die nomadischen Kurden benutzen, ihre Herden in der Umgegend des Sees weiden zu lassen. 2) Daraus ergiebt sich schon so ziemlich ohne weitere Beweisführung, daß der dortige Verkehr und namentlich der Handelsverkehr gleich Null sein muß. Außer den Kurden kommen nur die Patrouillen der Grenzwarden in die Nähe des Sees, dessen Umgebung ganz unbewohnt ist. Das nächste Dorf liegt 9 Werst vom See entfernt. 3) Handelsstraßen zwischen der Türkei und Persien giebt es drei: die erste führt über Erzerum, Haffan-Kale, Koprak-Kale, an Bajasel vorbei nach Kasch-Göl, wo die türkisch-persische Grenze sich schneidet, über Ghoi nach Lawris. Der zweite Weg geht über Kars, Alexandropol und Erivan nach Persien, und die dritte, selten von Karawanen benutzte Straße führt von Erzerum aus über Raghsman, Kulpi und Erivan zur persischen Grenze. Alle drei Straßen liegen weit ab von dem See Balty-Göl, zum Mindesten 15 Werste. Der Schluß des Artikels weist dann auf die wirklichen Vortheile hin, welche die Grenzregulirung, nach erfolgter Genehmigung der Pforte, Rußland gebracht hat. Diese bestehen in Erwerbung des Sfinak und der Niederungen zwischen den Flüssen Barnaut-Tschai und Sagoran-Tschai, mit den reichen, für die nomadischen Kurdenstämme so wichtigen Weideplätzen, deren Abtretung die Türken lange verweigert haben. Endlich aber, nachdem sie sich der Ansicht der vermittelnden Kommissare angeschlossen, darf das Resultat der neuen Grenzregulirung in Asien als ein allseitig befriedigendes und der Würde beider dabei zunächst theilhaftigen Staaten angemessenes bezeichnet werden, dessen Werth nicht durch unrichtige Angaben verringert werden sollte. (S. 6.)

Petersburg, 20. April. [Höhere Mädchenschule.] Unter dem Schutze der Kaiserin Maria Alexandrowna ist hier eine höhere Mädchenschule gegründet, welche, im Gegensatz zu den bisherigen Instituten dieser Art, kein obligatorisches Pensionat der Zöglinge einschließt. Wer nicht vermögend genug war, einen Hauslehrer zu halten, seinen Töchtern aber die Vorzüge einer bessern Bildung geben wollte, hatte bisher keine

andere Wahl, als sich von ihnen während ihrer halben Jugendzeit zu trennen und sie Pensionaten zu überlassen, deren durchaus strenge Formen nicht immer die bezweckten Resultate erzielen. Die neue Schule heißt Marien-Edlerschule und steht unter der Leitung des Prof. Wulfsnagradski. Derselbe machte bekanntlich vor längerer Zeit auch eine Rundreise durch Preußen, um sich über das preussische Schulwesen zu unterrichten.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. April. [Situation.] Während „Dagbladet“ in einem längeren, die Herbeiführung von Demonstrationen betreuenden Artikel (s. gestr. Z.) das Ministerium auffordert, jeder Ansicht der Gesamtstaatsverfassung sich entschieden zu widersetzen und den beschaffigen Bundesbeschlüssen keine Folge zu geben, bemüht sich „Fædrelandet“, im Gegentheil darzulegen, daß die Regierung nichts Besseres thun könne, als dem Beschlusse vom 11. Febr. pünktlich nachzukommen und die Gesamtstaatsverfassung als für Holstein und Lauenburg aufgehoben zu erklären. Auf diesem Wege hofft nämlich „Fædrelandet“ eine definitive Aussonderung Holstein-Lauenburgs und in Folge der Beschränkung der Verfassung vom 2. Okt. 1855 auf Dänemark und Schleswig eine Verwirklichung des eiderdänischen Projekts zu erreichen. Das genannte Blatt effectiert deshalb mit der größten Entschiedenheit gegen „Gesamtsstaat und Gesamtstaatsverfassung“. Eine solche Verfassung sei nur möglich, wenn die Gesamtrepräsentation der Monarchie in ihren Rechten noch mehr als bisher beschränkt, oder wenn die zahlreichere dänische Bevölkerung der deutschen im Gesamtstaate gleichgestellt werde. Im ersten Falle hört die Gesamtstaatsverfassung auf, konstitutionell zu sein, im letzteren hört sie auf, dänisch zu sein. Deshalb sei der Gesamtstaat an sich eine Unmöglichkeit, und man müsse daher sich der Aufhebung der Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg als eines Mittels bedienen, sich nimmermehr der Gesamtstaats selbst zu entziehen. Daß dieser Plan bei den Konserwativen, die das Prinzip des Gesamtstaats nicht aufgeben wollen und die Aufrechterhaltung desselben höher stellen, als die Erhaltung der Verfassung vom 2. Okt. 1855, auf starken Widerstand stoßen wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. Doch ist für jetzt nicht zu sagen, wie das Ministerium sich inmitten der widerstrebenden Forderungen der Parteien dem demnächst zu erwartenden Bundesbeschlusse gegenüber verhalten wird. Die eiderdänische, wie die gesamtstaatliche Partei haben im Kabinete ihre Anhänger, und die letztere wird sicher nichts unterlassen, um im entscheidenden Augenblicke einen möglichst starken Druck auf das Ministerium zu üben. (Z.)

[Die Lage.] Mit weit größerer Spannung, als in Deutschland, steht man hier in allen Kreisen der Antwort des Bundestages auf die dänische Erklärung entgegen, weil man für den Fall einer Ablehnung der gemachten Vorschläge, selbst wenn dieser ein bestimmter Termin zur besseren Erlebung der deutschen Forderungen nicht beigefügt sein sollte, durchaus nicht weiß, was dann weiter geschehen und wie man sich aus der gegenwärtigen, höchst unangenehmen Situation befreien soll. Das bisher von der dänischen Regierung befolgte System des Zögerns und Hinstellens ist, nachdem der Deutsche Bund die gegenwärtige Gesamtstaatsverfassung für einen argeen Theil der kleinen Monarchie als nicht zu Recht bestehend erklärt hat, nicht mehr anwendbar. Die Regierung ist durch diese Erklärung in der That gezwungen, wie dies die Verhandlungen während der letzten Reichsraths-Sitzung Genüge bewiesen haben. Ein großer Theil der wichtigeren Vorlagen ist nicht erledigt, die erledigten aber, wie z. B. die Seebefestigung Kopenhagens, werden, trotz der bereits erfolgten Sanction des Königs, nicht in Ausführung gebracht werden. Dies ist hier wenigstens die allgemeine Meinung. Außerdem fürchtet die Regierung, und nicht mit Unrecht, daß durch eine längere Dauer der gegenwärtigen, wenigstens theilweisen, Suspension der Verfassung die Opposition in den deutschen Herzogthümern geträufelt und der alte, gefährliche Schleswig-Holsteinismus wieder neu belebt werde. Daß die Stimmung in Schleswig und Holstein jetzt schon eine ganz andere, als vor zwei Jahren ist, muß dem oberflächlichsten Beobachter auffallen. Es regt sich überall ein fräftigerer Geist des Widerstandes, dem es bereits gelungen ist, die vor zwei Jahren in jedem öffentlichen Verkehre fast erloschene allbergebrachte und gescheitliche Rechnungsweise nach schleswig-holsteinischem Kanon wieder einzuführen und die Anwendung der dänischen Reichsgeldrechnung auf die öffentlichen Kassen zu beschränken. Ein interimsistischer Zustand, wie der gegenwärtige in Dänemark, ist gefährlich für die dänische Regierung in den deutschen Herzogthümern; diese muß daher aufs ernsthafte bemüht sein, denselben ein baldiges Ende zu machen. Wenn dies der Fall ist, wird vielleicht eingewandt, weshalb sucht es immer aufs Neue nur im Allgemeinen Verhandlungen mit den holsteinischen Ständen, von denen der Bund ausgeschlossen ist? Der Grund liegt sehr nahe. Dänemark hofft noch immer, daß es ihm gelingen werde, das bisherige Verhältnis, Suprematie des Königreichs über die deutschen Herzogthümer, zu erhalten; es sieht aber sehr wohl ein, daß dazu der Bestand der nicht deutschen Großmächte unerlässlich ist. Auf die Intervention dieser rechnet es mit Sicherheit, sobald die Vorschläge zu einer neuen Verfassung von deutscher Seite, seien es die holsteinischen Stände oder der Deutsche Bund, ausgehen, da durch diese ja ungewiss, selbst auch die anderen Bundesmitglieder in ihrem bisherigen Verhältnis eine Veränderung erleiden müssen; denn die Aufgabe, einen Theil eines Ganzen ohne das Ganze zu verändern, wird der, die Quadratur des Kreises zu finden, ziemlich gleich stehen. Damit würde aber der Deutsche Bund seine Kompetenz überschreiten, und folglich so spekulirt man hier wenigstens, die Hilfe des Auslandes gesichert sein. Wie weit diese Berechnung richtig ist, will ich hier nicht untersuchen; Deutschland kann aber, wegen der oben geschilderten Lage Dänemarks, jegliche etwa darin liegende Gefahr leicht vermeiden und seinen Zweck erreichen, wenn es sich aller positiven Vorschläge enthält und diejenigen Dänemarks, welche nicht den in den Jahren 1851 und 1852 gemachten Zusagen, auf Gleichberechtigung und Selbstständigkeit der verschiedenen Bundesmitglieder, vollständig entsprechen, zurückweist. (R. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 17. April. [Erster Depeschen.] Die Pforte hat an den Vizekönig von Ägypten eine Depesche gerichtet, worin sie es ihm zum Vorwurf macht, einen für den Durchbruch des Äthiops von Suez günstigen Brief geschrieben zu haben, und ihm befiehlt, seine Schritte in diesem Sinne aufhören zu lassen. — Man erwartet in Konstantinopel eine Veränderung in der Besetzung der Gesandtschaftsposten in Petersburg und Wien. — Aus Athen meldet man, daß die Kammer ein neues Preßgesetz votirt haben.

[Kirchenbau.] In Skutari wurde am 7. April der Grundstein zu einer katholischen Kirche in friedlicher Weise gelegt. Der Gouverneur Abdi Pascha, vom Bischofe Topich eingeladen, wohnte dem Akte bei und legte, von dem Bischofe und dem österreichischen Vizekonsul Major Borowizka begleitet, den ersten Stein.

Griechenland.

Athen, 10. April. [Öffentliche Bauten; das Odeon.] Der von Baron v. Sina mit dem Bau der Akademie beauftragte Architekt Ganzen wird bei seiner Ankunft sogleich den Bau beginnen. Mit demselben kommt auch ein Optiker nach Athen, von Baron Sina beauftragt, die Instrumente unserer Sternwarte (die, wie bekannt, auf Kosten des Herrn G. Sina gebaut und eingerichtet wurde) zu inspizieren, die nöthigen Reparaturen vorzunehmen und bei seiner Rückkehr nach Wien alles, was zur Vervollständigung noch abgeholt sollte, der Sternwarte direkt zu übersenden. Der Kultusminister wurde zugleich in Kenntniß gesetzt, daß (wie schon gemeldet) 36,000 Fr. zu seiner Disposition stehen, um zwei vom Minister selbst zu wählende junge Männer nach Paris oder Berlin zu senden, welche 6 Jahre lang die mathematisch-astronomischen Wissenschaften studiren sollen, um nach vollendeten Studien an der Sternwarte verwandt zu werden. — Der Sohn des Herrn Benardaki, eines Millionärs, der seit 40 Jahren in Petersburg lebt, will seit einigen Wochen unter. Sein Vater hat der Regierung die nöthigen Fonds zum Bau eines Nationalmuseums zur Verfügung gestellt und überdies

unser Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten reichlich dotirt; der Sohn hat beschloffen, einen Theil der ihm vom Vater zu seinen Unterhaltungsreisen bestimmten Summe (wie es heißt 50,000 Thlr.) zur Herstellung einer Kanonengießerei in Athen zu verwenden, die dann dem Staate zum Geschenk gemacht werden soll. — Das Odeon ist nun vollkommen von allem Schmutzgefaßert; unter der Bühne, mitten unter den aus dem Frontispice gefallenen Steinblöcken und Schutte, hat man den Kopenhagener Statue gefunden, die nicht wegen der Schönheit der Arbeit beachtenswerth ist, sondern weil das Haar vergoldet, das Gesicht bemalt ist; die Augäpfel scheinen aus Glas gebildet und innerlich mit leuchtender flüssiger Materie gefüllt gewesen zu sein. Der König und die Königin haben das Odeon besucht und den Ephoren ihre Zufriedenheit zu erkennen gegeben. Für die Fortsetzung der Aufräumungsarbeiten beim Bachtheater hat der König 7000 Dr. aus der Kabinetskasse der Ephorie zur Verfügung gestellt.

Indien.

[Telegraphische Nachrichten aus Indien.] Die „Times“ enthält folgende (die gestrigen Mittheilungen ergänzende) telegraphische Depesche: „Alexandria, 20. April. Die durch das Schiff „Hindostan“ überbrachte Post aus Kalkutta und China geht heute Nachmittags von hier weiter. Die Nachrichten aus Kalkutta reichen bis zum 23. März, die aus Madras bis zum 29. März, die aus Ceylon bis zum 2. April und die aus Hongkong bis zum 15. März. Der „Ventura“ ist mit einer außerordentlichen Post und mit Passagieren aus Kalkutta am 14. d. in Suez angekommen. Die Nachrichten aus Lucknow reichen bis zum 22. März. Am 20. waren die Streikräfte des Brigadiers Campbell, welche den Feind verfolgt hatten, zurückgekehrt. Am 21. ward des Kommandos (Mena's) Aufenthaltsort ermittelt. Er enthielt eine Belohnung von 50,000 Rupien für seinen Kopf gesetzt. Die Streikräfte Durrani's hatten in Lucknow entdeckt und vernichtet, und der Premierminister wird unter den Gefangenen gemeldet. Cope vom 13. einheimischen Infanterieregiment und Thackwell wurden vom Feinde ermordet. Kanakker feuern noch immer auf unsere Truppen. Die Proklamation des Generalgouverneurs, welche die Forderung zur Unterwerfung aufforderte, hatte keine Wirkung hervorgebracht. In Audh ist der Friede wieder hergestellt, und der Feind entzieht in der Richtung von Sundra. Jung Bahadur geht nach Allahabad. Die Regierung hatte noch keinen Civilbeamten nach Lucknow geschickt. Einige Einwohner kehren nach der Stadt zurück. Die Gize nahm täglich zu. Ein Telegramm aus Allahabad vom 24. März meldet, daß Sir Hope Grant am 23. März entsetzt wurde, um eine Insurgentenschaar unter dem Rajah Dжайал Singh zu kampf zu kampf, und daß er zurückgekehrt war, nachdem er einen vollkommenen Sieg errungen hatte. Er nahm dem Feinde 12 Kanonen. Die Entwaffnungsakte ward in den Nordwestprovinzen zur Geltung gebracht. Der über den König von Delhi gefällte Spruch war noch nicht veröffentlicht worden.

Amerika.

New York, 10. April. [Unterhandlungen mit den Mormonen; Aufnahme von Minnesota; Vermischtes.] Das Repräsentantenhaus ist in seiner Opposition gegen die Politik des Präsidenten so weit gegangen, die Kredite für die Eröffnung eines entscheidenden Feldzugs gegen die Mormonen zu versagen. In Folge davon hat die Regierung mehrere ihrer Agenten nach Utah beordert, um Unterhandlungen mit Brigham Young einzuleiten. — Der Senat hat Minnesota mit der Zustimmung, zwei Senatoren und zwei Repräsentanten nach Washington zu schicken, als Staat in die Union aufgenommen. Die Konstitution des neuen Staats soll erst nach ihrer Ratifikation durch das Volk gültig sein. — Der Senat hielt am 9. seine Sitzung; er hatte sich am 8. bis zum 12. d. vertagt, aus Rücksicht auf eine dem Sprecher zugegangene Anzeige von dem Tode des Obersten Benton, Schwiegervaters des bekannten Obersten Fremont, welche indeß, wie sich später ergab, unbegründet war. Der Oberst war noch nicht todt, wohl aber dem Tode nahe. Er hat sich in einem vom 8. datirten Schreiben an den Senator Johnson und Herrn Jones von Tennessee erbeten, daß man von seinem Tode offiziell gar keine Notiz nehmen möge. Oberst Benton ist seit mehr als 30 Jahren Mitglied des Senates für den Staat Missouri; er hat sich besonders durch seinen entschlossenen Widerstand gegen das Papiergeb und die Einrichtung einer Nationalbank ausgezeichnet und ist daher ziemlich allgemein unter dem Beinamen „Old Bullion“ bekannt. — Am 14. d. wird hier eine Monstdemonstration zum Andenken des Feindes in derselben Stunde stattfinden, wo er die Bomben am 14. Januar geworfen hat. Eine Prozession mit Fackeln und Trauermusik wird die Straßen New Yorks durchziehen. Man wird Reden in drei Sprachen halten.

Vom Landtage.

Die Matrikelkommission des Herrenhauses erstattet Bericht über diejenigen Veränderungen, welche der Bestand des Hauses seit dem 26. Februar 1857 erfahren hat: Es sind hiernach fünf Mitglieder durch den Tod ausgeschieden, und eins ist aus der Vertretung des alten und befestigten Grundbesitzes in der Vertretung von Familienverbänden übergegangen. In den durch den Tod des Herzogs Friedrich Eugen von Württemberg in der Kategorie der erblichen Herren erledigten Sitz succedirt Eugen Wilhelm Alexander Erbmann von Württemberg, welcher bis jetzt den Beweis seiner Legitimation nach der von ihm eingegangenen Mittheilung noch nicht hat führen können. Die Kommission beantragt, die neun seitdem eingetretenen Herren als legitimirt zu erkennen. Das Herrenhaus zählt gegenwärtig, mit Ausschluß der bei den erblichen Herren ruhenden Stimmen, 231 berufene Mitglieder, von denen bis heute 212 Mitglieder eingetreten sind. Nicht eingetreten sind: 1) der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, 2) der Fürst von Hohenzollern-Hechingen, 3) von den Häuptern der Reichsunmittelbaren Familien 6, zwei Stimmen dieser Kategorie ruhen zur Zeit, 4) von den übrigen erblichen Herren 8, von den zu dieser Kategorie gehörigen Stimmen ruhen zur Zeit 9, 5) von den aus Allerhöchstem Verlaute Berufenen 3, 6) von den von den Städten Präsentirten 1, zusammen 31.

Herrenhaus.

[Berlin, 26. April. Die Verathung der Rübensteuererhöhung hatte die Tribünen stark gefüllt; auch die Diplomatenloge hatte keinen leeren Platz; in der Hofloge befand sich der Generalfeldmarschall v. Wrangel und einige Kammerherren. Die Verhandlung hat einen solchen Ausgang genommen, wie man ihn vorausgesehen, doch hat er noch insofern überrascht, als sich eine über Erwarten große Majorität, 90 gegen 40, für die Annahme der Steuererhöhung ausgesprach. Die Sitzung hatte um 10 Uhr begonnen und war erst um 5 Uhr beendet.

Haar der Abgeordneten.

Wie schon gemeldet, ist am Sonnabend bei der Verathung der Dreizehnten Petition der Antrag angenommen worden, daß dergleichen nicht zuständige Eingriffe der geistlichen Behörden für die Zukunft verhindert werden mögen, der Staatsregierung zur „Abhilfe“ überwiesen. Für den Antrag stimmten aus Ihrer Provinz: die Abgeordneten Gubertian, Gerberg, Hoffmann, Krupla, v. Laverne-Pegulihen, Lawrenz, Schmülker. Wegen denselben votirten: v. Hiler, v. Rappard, Reichmeister. Abwesend waren: Freymann, Gregorovius, v. Bentendorf, Hindenburg, v. Knobloch, v. Scher, v. Schleinitz, Schneider, Schopp, v. Suchobolski, v. Unruh-Domst, Ziegler.

Militärzeitung.

Rußland. [Die Offiziere der kaiserlichen Suite.] Die Zahl der kaiserlichen Flügeladjutanten beträgt nach den neuesten beschaffigten Ernennungen 77, d. h. mehr als je zuvor in dieser Eigenschaft angestellter Offiziere vorhanden gewesen sind. Es ist in Rußland beinahe die Ernennung zu dieser Charge gewöhnlich der erste Schritt zu einer künftigen Generalkarriere, sonst aber zum Austritt derselben nicht etwa wie anderwärts ein bestimmter Grad erforderlich, indem sich z. B. gegenwärtig unter diesen 77 Flügeladjutanten 45 Obersten, 2 Oberstleutnants, 11 Rittmeister, 3 Kapitäne, 2 Stabskapitäne, 2 Stabsrittmester, 3 Leutnants und 2 Kornets, wie ferner noch von der Marine: 6 Kapitäne 1. Kl. und 1 Kapitänleutnant befinden. Außer diesen Offizieren gehören zu der persönlichen Adjutantur des Kaisers noch 101 Generaladjutanten und 41 Generale à la suite, so daß also die Gesamtzahl der Offiziere und Generale des persönlichen Stabes Kaiser Alexander II. zusammen 219 Köpfe, d. h. um beinahe 40 Personen mehr als der höchste Stand des Stabes Kaiser Nikolaus I. betrug. Als Regel gilt übrigens für die erlauchtesten beiden Charen noch in der russischen Armee, daß sämtliche Kommandeure derjenigen Regimenter, welche die Aufzeichnungen führen, den Titel Namen zu führen, wie ferner noch die Kommandeure der 4 Garde-Schützenbataillone und sämtlicher Garde-Infanterie- und Kavallerieregimenter, sonst aber noch von jeder Waffengattung der Kommandeur je eines Regiments zugleich auch Flügeladjutanten des Kaisers, oder, sofern sie schon den Generalrang besitzen, Generaladjutanten sind, wodurch theilweise mit die gewisse Zahl dieser beiden Offiziersklassen bedingt wird.

Vermischtes. [Die beiden Pferdebandiger: der k. l. Major Balassa und der Amerikaner Natch.] Es ist bereits früher in unserer Militärzeitung der Umstand erwähnt worden, daß vor mehr als 20 Jahren schon ein k. l. österreichischer Offizier, der damalige Leutnant im 6. ungarischen Husarenregiment König von Württemberg, Konstantin Balassa, in Verbindung auch der besten und widerwilligsten Pferde nicht minder bedeutende Dinge als jetzt der Amerikaner Natch leistete, so daß die k. l. Regierung sich bewegen fand, nach einer ebenfalls angestellten umfassenden Prüfung des Verfahrens desselben diesen Offizier als ausdrückliche Belohnung für sein um diesen für den Karrieren und überhaupt den Pferdebesitzer so hoch wichtigen Gegenstand erworbenen Verdienst außer der Tour zum Rittmeister zu ernennen und ihm auch sonst noch gewisse pekuniäre Vortheile zu bewilligen. Jetzt veröffentlicht nun der mittlerweile zum Major ernannte Balassa in der Wiener Militärzeitung die ihm damals von dem k. l. Armeekorps-Oberkommando gestellte Aufgabe, deren Resultat er und fordert er schließlich den Amerikaner Natch zu einer Art Wettkampf in der Pferdebandigung heraus. Die erwähnte Aufgabe war: 1) Jedes Pferd ohne Zwang zu bändigen und abzurichten, 2) daß die Anwendung desselben Verfahrens mit gleichem Erfolge auch von einer zweiten Person ausgeübt werden könne, 3) die Dauer der Abgewöhnung der Unart und 4) daß die Behandlungart in keiner Weise dem Pferde nachtheilig sein dürfe. Balassa löste diese vier Bedingungen in der That vollkommen, indem er allein in Wien vor der hier eingeleiteten Militärkommission 42 der widerwilligsten Pferde, darunter wilde Hengste und reißbare Stuten, auf die Dauer abgewöhnte, später aus einer von Amtswegen ihm aufgetragenen Rundreise durch sämtliche österreichischen Kanallergarnisonen und Gaskette aber noch bei nahe an 500 weiteren Pferden das Gleiche bewirkte. Als Hauptmittel benutzte er sich zu einem so glänzenden Resultate des Blicks seiner Augen, wie auch ruhigen, dem Charakter seines Patienten angepaßten Benehmens. In der That schien anfänglich sein später auch durch den Druck veröffentlichtes Verfahren bei Jedermann dieselbe Wirkung hervorzubringen, indeß hierin erwies sich auf die Dauer sein Verfahren doch mangelhaft; denn es muß wohl ein ganz besonderer wirksamer Blick sein, der wilde und tobstichtige Pferde bändigen soll, und wahrscheinlich ist dabei der thierische Magnetismus im Spiele. Wenig, Anderen wollte nur selten glücken, was dem Major Balassa noch heute alle Tage glückt und die ganze Sache geriet darüber am Ende in Vergessenheit. Gewiß möchte es interessant sein, die beiden berühmten Pferdebandiger neben einander operiren zu sehen. — P.

Provinzielles.

sl Neutomyhl, 26. April. [Markt; Wienera etc.] Bei dem am 20. d. in Opalenica abgehaltenen Markt war viel Vieh und Pferde aufgetrieben, letztere fast durchgängig Arbeitspferde im Durchschnittspreis von 50—60 Thlr. pro Stück. Krämer, die seit vielen Jahren Märkte besuchen, wissen sich eines so guten Marktes nicht zu erinnern, denn viele verkauften, schon gleich nach Mittag kein Stück Waare mehr übrig gehabt zu haben, obgleich die Preise keineswegs niedriger gestellt waren. — Seit einigen Tagen haben die Nachfrösche und rauhen Winde nachgelassen. Seit einigen Tagen lassen sich auch Schwalben, jedoch nur einzeln, sehen. Der Mangel an Regen wird fühlbar; denn auf nur wenig erhöht liegenden Aeckern findet man den Boden bis auf 1 Fuß Tiefe von Feuchtigkeit frei. Der untergeackerte Samen von Sommerfrüchten, zeigt wenig Keime, die ebenfalls der Dürre halber nicht fortwachsen, und die Bäume stehen noch immer dürr und struppig. — Die Sterblichkeit unter den Kindern hat etwas nachgelassen.

Wieschen, 26. April. [Untersuchung und versuchter Selbstmord; Brände.] In voriger Woche entdeckten unsere Dampfmaschinenbesitzer bei Gelegenheit der Ausgleitung eines Komos eine Differenz von 100 Thlrn., welcher der anwesende auswärtige Schuldner vor Kurzem durch die Post eingesandt hatte. Der Verdacht der Unterschlagung fiel auf einen der in der Mühle beschäftigten Leute, und man brachte bald einen Lehrling zum Geständnis. 60 Thlr. von diesem Gelde fanden sich noch in einem Garten vergraben vor, der Rest aber war durchgebracht. In der Trostfeste versuchte der junge Mann vorgestern, als die übrigen Sträflinge auf Arbeit gegangen, sich zu erhängen, wurde aber noch rechtzeitig bemerkt und abgesehen. — Seit dem 16. d. haben in unserer Nähe einige Waldbrände stattgefunden, von denen der eine dicht an der russisch-polnischen Grenze mehrere Tage gedauert und gegen 2000 Morgen Wald verwüstet haben soll. Am 22. d. sind in dem eine Meile von hier gelegenen Dorfe Grodzisch 6 Bauernwirtschaften und 3 Dominiengebäude, worunter das kathol. Schulhaus, mit Haß und Gut ein Raub der Flammen geworden. Eine Frau, die für eine neue Kuh den Stall austräuferte, soll die Veranlassung gewesen sein und büßt ihre Unvorsichtigkeit mit ihrem eigenen Vermögen. Verstärkt war bloß der mit abgebrannte Krüger. Dieser hatte unter den Dieben eine Kanne mit lauter Silberubel vergraben; als er sie später unter dem Schutte auffand, war der obere Theil in einen Klumpen zusammengeschmolzen; eine blecherne Kasse mit lauter Pfennigen aber blieb unverfehrt. Unsere Löschmannschaft, die den Unglücklichen zu Hilfe geeilt war, befragte den Mangel an Wasser, der dort schon lange fühlbar ist, hauptsächlich aber die Gleichgültigkeit der vom Feuer nicht betroffenen Bauern, die, während jenes mit furchtbarer Festigkeit im Dorfe wüthete, ganz ruhig im Felde ihre Arbeit fortsetzten, unbekümmert um das Schicksal ihres Dorfes, das, wäre der Wind ungünstiger gewesen, sicher gänzlich in einen Schutthaufen würde umgewandelt worden sein.

Sarne, 26. April. [Kleine Notizen.] Die Sessenzahl unseres Orts beträgt nach der jetzt vorgenommenen Zahlung 1657 (818 m., 839 w.), und zwar 829 evang., 772 kath. und 56 jüd. Die Hauptbeschäftigung ist der Viehhandel, der jedoch in Folge der Ueberschwemmung, der Kinderpest und des beschränkten Verkehrs mit dem Auslande sehr viel an seiner früheren Bedeutung verloren hat. — In diesen Tagen ist das letzte Haus des durch die Feuersbrunst am 25. September 1855 heimgeführten Theils unserer Stadt aufgebaut worden und hat letztere durch den Wiederaufbau und durch die Pflasterung der Hauptstraßen ein freundliches Ansehen erhalten. — Von der projektirten Erweiterung des (Fortsetzung in der Beilage.)

evang. Schulhauses durch Aufsehung eines zweiten Stockwerks hat man Abstand nehmen müssen, weil nach sachverständigem Gutachten die Tragkraft nicht ausreichte. Es soll jedoch der Beschluß vorliegen, das Schulhaus zum Hospital einzurichten und ein, den Verhältnissen entsprechendes neues Schulhaus zu bauen. — Der Plan zum Bau einer evang. Begräbniskapelle ist höheres Orts genehmigt und wird der Bau sofort in Angriff genommen. — Die Gebrüder Andreas und Joseph Petrol haben im Verein mit dem Bürger Bernhard Zeige der kath. Kirche einen Kaufstein im Werthe von 300 Thlr. geschenkt. — Seitens der Kammereikasse haben auch dieses Mal die beiden evang. Lehrer und die Industriellehrer Remunerationen erhalten. — Unsere evang. Gemeinde hat in verfloßener Woche durch den Tod des Kirchen- und Schulvorstehers R. Neumann einen empfindlichen Verlust erlitten. Wie sehr der Verstorbene die Liebe und Achtung unserer Stadt genossen hatte, zeigte sich bei dem überaus zahlreichen Leichenbegängniß. — Unser Magistrat hat die von ihm nach London abgeforderte Gratulationsadresse zur Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm im Auftrage der Königin Victoria ein Dankschreiben in englischer Sprache erhalten. — Am 23. d. brach in den Forsten des Oberamtmanns Petril auf Sarnowo eine gewaltige Brandstiftung aus, die außerordentlichen Schaden hätte anrichten können, wenn nicht von unserer Löschmannschaft eine so rühmliche Thätigkeit entwickelt worden wäre. — Die Delsaaten haben durch die Nachfröste gelitten und die jetzt vorherrschende windige und trockene Witterung ist der Vegetation nicht günstig.

r Wollstein, 26. April. [Verurtheilungen.] In diesen Tagen ist vor dem Schwurgerichte in Meseritz ein Bürger aus unserer

Nachbarstadt Dornst wegen fahrlässigen Meineides zu einjährigem Gefängniß verurtheilt. Derselbe hatte, vor einiger Zeit in einer Prozeßsache als Zeuge beim hiesigen Kreisgerichte vernommen, die Frage, ob er einer der Parteien in dieser Sache Rath ertheilt habe, verneint und demnach seine Aussage beschworen. Später wurde ermittelt, daß er vor seiner Vernehmung einer Partei Schriftstücke gefertigt, die sich in den Akten vorfinden. Dies beweist, wie man bei Beantwortung der Generalzeugenfragen nicht aufmerksam genug zu Werke gehen kann. — Der wegen fahrlässiger Tödtung des Müllergehilfen Rosinek (R. wurde, wie s. 3. berichtet, im September v. J. unweit Odra erschossen gefunden) zur Untersuchung gezogene Winger Fälsch aus Krutla bei Odra ist ebenfalls von dem Schwurgerichte zu Meseritz zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Strombericht.

Obornitzer Brücke.

Am 25. April. Kahn Nr. 109, Schiffer Joseph Grankowia, von Neubrück nach Posen mit Mauersteinen. — Holzflößen: 4 Stück eichen Kantholz und 15 Stück kiefern Rundholz, von Neustadt nach Glogow. 12 Stück eichen Kantholz, von Glogow nach Stettin. 10 Stück eichen Kantholz, 4 Stück kiefern Kantholz und 3 Stück rüßern Rundholz, von Posen und Neustadt nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Vom 27. April.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Bürgermeister Machatus und Hausbesitzer Müller aus Gnesen, Fabrikbesitzer Oppenheimer aus Sprottau,

Rittergutsh. Wirth aus Papienno, Gerichtsassessor Nitzgen aus Dorstheim und Kaufmann Jordis aus Frankfurt a. M.
BAZAR. Die Gutsb. v. Swinarski aus Radzyn, Dluschnowski aus Litauen, v. Rogalinski aus Ostrobo, v. Sforzi sen. und jun. aus Kojatowo, Szuman aus Wladyslawow, Szuman aus Grojno, v. Gargynski aus Szepice und v. Bröder aus Zabizhyn, Probst Suminski aus Buskowo.
HOTEL DU NORD. Die Gutsbesitzer Graf Zolowski aus Glog und v. Krzyzanski aus Sopotwie, Partikulier May aus Otorowo, Gräulein Laure aus Rudi und Kaufmann Kempner aus Grätz.
SCHWARZER ADLER. Detonom Kuhl aus Mitzkowo, Partikulier v. Bronikowski und Grl. v. Bronikowska aus Otorowo, Frau v. Dlugoska aus Gzerniewo.
MYLIUS HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Garnetti aus Paskow, v. Potworowski aus Gola, Graf Swilecki aus Ober-Zedlitz und Körber aus Stubargowo, die Kaufleute Redendorfer aus Gützig, Klein aus Stettin, Morgenthal aus Breslau und Sasse aus Neustadt-Eberwalde.
HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. Pittmann aus Chohn, Scheel aus Polajewo und Schell aus Lemnig.
HOTEL DE PARIS. Gutsb. Serebnycki aus Niemierzyce, Stud. med. Bohm aus Breslau, die Gutsb. v. Zawadzki aus Swierkowie, v. Baranowski aus Gwiazdowo und v. Wielowiejski aus Blawaty.
EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Joseph aus Wronke, Peifer aus Ostrowo, Glatz aus Grätz und Eller aus Gostyn.
HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Jungmann aus Ratow, Uhri aus Birnbaum, Kirschner aus Rogasen, Joel aus Wollstein, Peter aus Tirschtel, Busche und Kargauer aus Odrzefo.
EICHENER BORN. Grl. Jablonska aus Grätz, Grl. Hoffmann und Frau Wertheim aus Gollan.
DREI LILIEN. Kalkulator Hinge aus Radzyn.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Am 29. April Vormittags 10 Uhr werden im hiesigen Garnisonlazareth mehrere Centner Knochen, unbrauchbare Spucknapfe und Kessel von Kupfer, Blech- und Eisengeräthe, wollene Decken, Lumpen etc. an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft. Kauflustige werden eingeladen.

Posen, den 25. April 1858.

Die Lazareth-Kommission.

Bekanntmachung.

Die für die Breslau-Posener Bahn von Lissa bis Posen mit angekauften kulturfähigen Trennstücke neben der Bahn sollen auf drei hintereinander folgende Wirtschaftsjahre unter sehr günstigen Bedingungen öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Der Lizitationstermin ist anberaumt

auf Bahnhof Posen

den 30. April Vormittags 11 Uhr für die Feldmarken Lassei-Haaland, Luban, Ober-Wilba und Zorhyce, wozu Nachkäufer eingeladen werden.

Ein Verzeichniß der zur Verpachtung kommenden Acker- und Wiesenflächen, so wie die Pachtbedingungen können bei dem Bahnhofsmeister Weidlich eingesehen werden.

Braunsdorf, den 20. April 1858.

Der königl. Eisenbahn-Baumeister Jlse.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht, I. Abtheilung zu Rogasen.

Von dem, dem Mühlenbesitzer Johann Leopold Brach gehörigen, hieselbst unter Nr. 115/455 belegenen Mühlengrundstücke inkl. Ackerwirtschaft, im Ganzen abgeschätzt auf 23,294 Thlr. 10 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, sollen 2 Antheile am 22. November 1858,

Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subastriert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitutionsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger Adolf Wilhelm Deher aus Rogasen, Geschwister Karl und Emilie Albrecht und die Erben des Kaufmanns Joseph Caro werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Rogasen, den 31. März 1858.

Öffentliches Aufgebot.

Der am 20. März 1855 zu Paskowo bei Papienno in einem Alter von 17 Jahren ohne Testament verstorbenen Robert Litus alias Rosmieder, einziger Sohn des am 15. Juli 1840 zu Rasmierz, Samterkreises, verstorbenen Martin Litus alias Rosmieder und dessen am 21. Mai 1841 zu Ruti verstorbenen Ehefrau Constantia geb. Romanzka, hat ein

in unserem Depofitorio verwalteles, elterliches Erbtheil von über 100 Thlrn. hinterlassen. Seine unbekannten Erben laden wir zum Nachweise ihrer Erbberichtigung zum Termine

den 28. April 1859 Vormittags 9 Uhr in unser Instruktionszimmer vor den Herrn Kreisgerichtsrath Weißleder in Samter unter der Warnung hiermit vor, daß, falls in diesem Termine kein Erbe sich melden sollte, die Nachlassmasse als herrenloses Gut dem Fiskus ausgemacht werden wird.

Samter, den 13. April 1858.

Königl. Kreisgericht. Zweite Abtheilung.

Pensionäre finden billige Aufnahme **Graben 3** bei dem Gutsbesitzer **Koszyński**. Auch ist dort eine freundliche Stube mit und ohne Möbel zu vermieten.

Nach mehrwöchentlichen Leiden und gänzlich schlaflosen Nächten ging meine Geduld zu Ende, und ich begab mich hierher, um mir gründlichen ärztlichen Rath zu holen. Glücklicherweise fand ich denselben und wurde in 48 Stunden von den empfindlichsten Leiden befreit und erlangte das Wichtigste! — den Schlaf. — Durch die freundliche Bemühung meines verehrten Arztes, des Hrn. Dr. Fedenus, habe ich in dem Stadt-Krankenhaus die beste Pflege erhalten, und werde die mir zugesagte vollständige Genesung hier abwarten. Die Krankheit ist hier gründlich erkannt als mehrmonatliche schwere, aber unterdrückte Grippe, die gefährliche Influenza. — Gegenwärtig ist jede Gefahr beseitigt und ich lebe in der sicheren Hoffnung baldiger Genesung.

Dies meinen Herren Korrespondenten mitzutheilen, hielt ich mich für verpflichtet, und ich erlaube dieselben ergehen, sich in vorerwähnten Fällen mit mir hier in direkte Verbindung zu setzen, da ich jetzt so weit bin, daß ich allen Anforderungen ohne Aufenthalt entsprechen kann.

Was die Geschäfte anbelangt, welche aus der mir ertheilten General-Vollmacht der verehrten Erben des verstorbenen Herrn Vincenz v. Kalkstein anbetreffend, so kann dies zwar auch geschehen, kürzer dürfte es aber erscheinen, wenn sich Interessenten, Käufer etc. an den Rittergutsbesitzer Herrn Ferdinand v. Kalkstein auf Miesleszyn bei Klecko wenden, welcher mit mir in ununterbrochener Korrespondenz steht, und ich Alles sofort von ihm erfahren werde.

Dresden, den 18. April 1858.

Peter v. Raszkowski aus Briesen.
s. 3. im Stadt-Krankenhaus in Dresden.

Bad Lippspringe, Station Paderborn.

Jedes Jahr bringt neue Befestigungen für die außerordentliche Heilwirkung, welche die **Lipp-springer Arminiusquelle** in allen Krankheiten der **Athmungsorgane**, die den Charakter schleimiger Entzündung tragen, entfaltet. — **Lungentuberkulose** im I. und II. Stadium, **chronische Bronchitis** und **Rehkopfkatarhe**, **Schmorrbildkongestionen** zu den Lungen, **asthmatische Beschwerden** u. A. werden in Lippspringe geheilt oder gebessert. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Wirksamkeit des Brunnens gegen die **Skrofelsucht**, die Wurzel der **Tuberkulose**.

Die Saison dauert vom 15. Mai bis zum 15. September. — Man trinkt, badet und inhalirt Stickstoff. — Alle Befestigungen und Anfragen werden durch den Brunnens-Administrator Bürger prompt erledigt.

Hiermit die ergebende Anzeige, daß ich vor wie nach während der Saison im Kurhause zu Lippspringe wohne.
Driburg im April 1858.

Dr. F. W. Weber.

Die Wasserheilanstalt in Breslau

unter Leitung des Dr. Pinoff beginnt die Sommersaison. Die **Seilgymnastik** wird in geeigneten Krankheitsfällen mit in Anwendung gebracht.

Hôtel

J. Wunkowski in Gnesen,

Wilhelmsstraße Nr. 60, nahe der Post, empfiehlt bei guter Bedienung und mäßigen Preisen seine stets schmackhafte Küche, guten Wein und andere Getränke. Während des St. Wojciech-Marktes wird am Pferdemarkte keine Restauration unter obiger Firma etabliert werden.

Etablissement Sibirien, in der Eichwaldstraße (Nadeisches Grundstück).

Einem hochgeehrten Publikum zeige ganz ergebenst an, daß ich obiges Etablissement am heutigen Tage übernommen habe. Unter Versicherung reellster und solidester Bedienung bitte ich um geneigten Zuspruch.

Max Fialkowski.

Nach der rühmlichst bekannten Kunst-Seidenfärberei und französl. Waschanstalt von B. Wolfenstein in Berlin werden von heute ab zweimal wöchentlich Bänder, Kleider etc. zum Färben und Waschen franko befördert. Auch werden daselbst Kleider unzertrennt wie neu gewaschen und appretirt, eben so Crepp de Chine-Fächer und Züllgardinen in Weiß neu aufgefärbt. Es bittet um hochgeneigten Zuspruch die Agentur und Färbereiannahme von L. Kletschoff, Krämerstr. 12.

Eduard Lauber's Atelier

für Photographie und Panotypie in Posen, Friedrichstraße Nr. 28, ist täglich von 9 bis 4 Uhr geöffnet.

Frisch gebrannten Rüdersdorfer Steinkalk, Sperenberger Dünger- und Mauerzypus, frischen englischen und steinernen Portland-Cement, beste Mauer- und Dachsteine empfiehlt billigt
Eduard Ephraim,
Hinterwallische 114.

Dampf-Knochenmehl, bestes und unschädlichstes Düngungsmittel für Obst- und Zierbäume, welches 4 bis 5 Jahre die auffallendste Wirkung zeigt (Monatsschrift für Panologie, II. J. 8. 1856), verkauft
die Posener Guano-Fabrik.

Weißer und rother Kleefamen, französische und deutsche Luzerne, Thimotheegrass und englisch Raygras
bei **Gebrüder Andersch.**

Ein guter Mahag.-Flügel steht beim Instrumentenbauer **Droste**, gr. Gerberstr., zu vermiethen, o. a. zu verk.

Wollack-Drillich und Leinen

in bester und schwerster Qualität (bis 60 Pfund) offerirt zu den billigsten Preisen die Leinenhandlung von

S. Kantorowicz,

Posen, Markt Nr. 65.

NB. Gleichzeitig bemerke, daß wiederum eine Sendung von 565 Nigaer Getreidesäcken erhalten habe.

**Wollzücken-
Drillich und Leinwand**
in schwerster Waare empfiehlt billigst
Anton Schmidt.

Von meiner Mehreise zurückgekehrt, empfiehlt zur bevorstehenden Saison die reichhaltigste und geschmackvollste Auswahl neuester Pariser Modelle an Hüten und Hauben etc. zu den möglichst billigen Preisen die Puzhandlung von
A. Röder,
Friedrichstraße Nr. 33a,
vis-à-vis der Landchaft.

Pianoforte-Fabrik Julius Mager
in Breslau, am Ringe Nr. 13, vis-à-vis der Hauptwache, empfiehlt englische und deutsche Flügel-Instrumente, so wie Pianinos (Pianos droits) nach neuester Pariser Konstruktion
unter dreijähriger Garantie.
Zur größeren Bequemlichkeit habe ich in Posen, Wilhelmsstrasse 17, bei Herrn C. G. Felsch, eine Niederlage von meinen Instrumenten errichtet und bitte, mein Fabrikat dort in Augenschein nehmen zu wollen.
Julius Mager.

